Der

Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Der Tabakarbeiter erscheint jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten, Buchhandlungen und Kolporteure sowie durch die Expedition zu beziehen. — Preis vierteljährlich 75 Pfg. ohne Bringerlohn per Kreuzband 1.15 Mk.; monatlich 25 Pfg., per Kreuzband 39 Pfg. Vorausbezahlung.

Inserate müssen bis Dienstag früh in unserer Expedition aufgegeben sein. Die 5gespaltene Petitzeile kostet 25 Pfg.; der Betrag ist voraus zu bezahlen. — Arbeitergesuche sind ausschließlich an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Faulenstraße 58/60, II. zu senden.

Nr. 29. Sonntag, den 19. Juli. 1908.

Expedition: Leipzig, Tauchaer Strasse 19/21.

Zur gefl. Beachtung! Berichte und Korrespondenzen für den Tabak-Arbeiter müssen bis spätestens Montag abend an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Faulenstraße 58/60, II. (Gewerkschaftshaus) oder bis Dienstag vormittag an die Redaktion, Leipzig, Südstraße 59, gesandt sein. Alle später eingehenden Sendungen werden zur nächsten Nummer zurückgestellt. Die Redaktion.

Der Steuerteufel geht um.

Michel soll wieder einmal übers Ohr gehauen werden, darum werden alle möglichen offiziösen Teufeleien zu seiner Täuschung unternommen. Wie wir schon feststellten, sollen nächsten Herbst dem Reichstag Steuervorlagen zur Bewilligung unterbreitet werden, die nicht weniger als eine halbe Milliarde — 500 Millionen Mark — neuer Steuern fordern. Nun werden jetzt schon alle Register gezogen, um eine große Volksopposition gegen diesen Raubzug auf die Taschen der Steuerzahler zu verhindern. Eine derartige Opposition wäre freilich nicht zu fürchten, wenn die neuen Steuern auf die „starken Schultern" gelegt würden. Aber da liegt der Hase im Pfeffer! Regierung und Blockmehrheit des Reichstags wirken darauf hin, diese ungeheure Steuerlast wieder den werktätigen Klassen, dem arbeitenden Volke, aufzubürden durch indirekte Steuern.

Die Reichen weigern sich, mit ihrem Reichtum, den sie aus den Knochen der Arbeiter herausgeschunden haben, das Reich zu unterstützen, darum stemmen sich die Vertreter der besitzenden Klassen im Reichstag gegen die Einführung direkter Reichssteuern. Sie schreien Zeter und Mordio, reden von Konfiskation ihres Vermögens 2c., wenn ihnen auf direktem Wege bis zu 10 Prozent Steuern auferlegt werden sollen, die sie bei ihrem großen Einkommen doch spielend tragen können, ohne Not zu leiden.

Was sollen denn da die Arbeiter sagen, denen man bei ihrem hungerleidigen Einkommen viel mehr abnimmt von Reichs wegen? Muß ihnen nicht die Empörung in die Glieder fahren, wenn sie sehen, daß man ihnen aufs neue die Taschen umwenden will? Mit der althergebrachten Geheimniskrämerei über die Art und Form der neuen Steuern kann man sie nicht von der Tatsache ablenken, daß gerade die Nahrungs- und Genußmittel der breiten Schichten der Arbeiter höher besteuert werden sollen.

Der Plan ist fertig, es handelt sich nur darum, wie er durchgesetzt werden soll, ohne die Blockmehrheit des Reichstags an den Volksausplünderungen zerschellen zu lassen. Darüber ist kein Zweifel: Bewilligen die Freisinnigen die neuen indirekten Steuern, die zum weitaus größten Teil auf **Tabak, Bier** und **Branntwein** wieder gelegt werden sollen, dann können sie Gift darauf nehmen, daß sie bei den nächsten Reichstagswahlen „dagewesen" sind, sie würden all ihre Mannen getrost in einer Droschke zum Reichstag fahren lassen können. Davor wird sie weder die Wahlbeeinflussung Bülows, noch seines letzten Nachtwächters bewahren. Bewilligen wollen sie nun aber, ohne diesem Schicksal zu verfallen.

Was also tun?

Das Volk muß mürbe gemacht werden. Es muß glauben, daß das Reich, mit allem, was drum und dran hängt, zugrunde gehe, wenn die 500 Millionen Mark nicht vom Tische der Arbeiter abfallen. So ein bißchen Kriegsrummel jagt Michel Angst in die Knochen, so daß ihm Hören und Sehen vergeht und er sich die Haut bei lebendigem Leibe abziehen läßt. Die jüngste Kriegshetze ließ sich ganz gut dazu an. Nur wußte das offiziöse Federvieh selbst nicht, wo der Feind steht. Anspielungen auf England, Frankreich oder gar Rußland zogen nicht, das Volk weiß nämlich besser, daß der Feind im eignen Lande steht, das ist: die Herrschsucht und Ausbeutungssucht der besitzenden und herrschenden Klassen.

Im Reiche führen sie eine Wirtschaft, daß die Schulden bergehoch wachsen und die Finanzen an den Bankrott gebracht werden. Die Gesetzgebung beherrschen sie, um sich die Freiheit der Arbeiterausbeutung nach allen Regeln der Kunst zu sichern. Und nach alledem sollen die Ausgebeuteten auch noch für den Schaden aufkommen. Das ist doch eine geradezu wahnsinnige Methode staatswirtschaftlicher und privatkapitalistischer Ausbeutung. Füglich merkt es auch der gefühlloseste Simpel, wenn man ihn so auf die Marterbank streckt. Da hilft kein Kriegsschwindel mehr, um ihn zu überzeugen, daß es nötig sei, ihm zur Erhaltung des — nur von diesem Ausbeutungswahnsinn bedrohten — Friedens das Blut abzuzapfen. Aber für unmöglich halten wir es trotzdem nicht, daß im Herbst ein neuer Kriegsschwindel erdacht wird, um den deutschen Michel zu bewegen, ohne Zaudern die neuen Steuern willig auf sich zu nehmen. Etwas unsicher ist jedoch das Experiment der Säbelrasselei; die arbeitenden Klassen werden immer klüger und auch das kleine Spießbürgertum merkt die Absicht der Schröpfung; muß es doch ebenso blechen, wie die Arbeiter.

Da muß ein neuer Schwindel her, der speziell den Arbeitern den Mund stopfen soll. Und siehe da — irgendein Pfiffikus hat da eine großartige Entdeckung bei der Arbeiterversicherung gemacht, die zur Reform der Reichsfinanzen, d. h. zur Auftreibung neuer Steuern zwingt. Famos, nicht wahr?

Die Kieler Neuesten Nachrichten lassen sich darüber aus Berlin folgendes berichten:

> Zur Begründung der hohen Forderungen der Reichsfinanzreform, die sichtlich weit über das augenblickliche wirkliche Bedürfnis hinausgehen, wird man Dinge hören, die **den Abgeordneten keinen geringen Schreck einjagen.** Unter diesen Punkten wird ein noch wenig bekanntes Argument in erster Reihe figurieren, das kürzlich in vertraulichen Verhandlungen von einem hohen Regierungsbeamten bekannt gegeben wurde. Es steht uns in etwa zwei Jahren eine **Reform der Invaliditäts-, Alters-, Kranken- und Unfallversicherung** bevor, die ja schon lange von allen Seiten erstrebt wird. **Dabei wird sich zeigen, daß die Berechnungen über die Kosten nicht gestimmt haben, und diese Versicherungen in ihren Fonds eine halbe Milliarde Mark weniger besitzen,** als man vorausberechnet hatte. Es rächt sich dabei der finanztechnische Fehler, den man in der Deckung der Rentenausgaben durch die Zinsen eines festzulegenden Kapitals gemacht hat. Die Entziehung dieser großen Kapitalien aus dem freien wirtschaftlichen Verkehr hat sich bereits im Handel und Wandel gerächt, nun zeigt sich auch, daß sie auch rein finanziell ein Fehler war. Eine staatliche Versicherung von einem so beispiellosen Umfange wie die deutschen Reichsversicherungsanstalten durfte nicht nach denselben Prinzipien eingerichtet werden wie eine beliebige Versicherungsanstalt privaten Charakters.

Ein Rechenfehler also! Und deshalb eine Reichsfinanzreform? Nein, für so dumm darf man die Arbeiter nicht halten, daß sie glauben sollen, um eine Wohltat an ihnen verüben zu können, sei es notwendig, daß sie zuerst einmal den letzten Heller sich abpressen lassen müßten. Denn auf etwas andres läuft die Finte nicht hinaus, mit der man jetzt die berühmte Reichsfinanzreform, die sich wie eine Seeschlange schon durch mehrere Jahrzehnte hinzieht, zu begründen. Und daß diese Finte den Abgeordneten einen „Schreck einjagen" werde, macht die Sache nur komischer.

Das ist richtig, wenn schon die Abgeordneten aus Schreck eine halbe Milliarde neuer indirekter Steuern bewilligen, dann wird dieser Schreck auch Michel ins Bockshorn jagen. Aber dieser Abgeordneten-Schreck wäre nicht einmal ein Theaterschreck, denn jeder Abgeordnete weiß, daß alles auf eine Täuschung des Volkes vorbereitet wird. Die Hauptsache dabei ist nur, ob im rechten Augenblick mit einem ausbündigen Schwindel ein Knalleffekt zu erreichen ist. Und alles, was jetzt in der Blockmehrheit oder zwischen ihren Führern und der Regierung vorgeht, ist nur darauf gerichtet, die Steuervorlagen ohne Eklat im Reichstag durchzudrücken.

Erklärlicherweise ist die Vorbereitungsarbeit dazu durch die Offiziösen eine schwierige. Sie mühen sich deshalb jetzt schon ab, eine Verwirrung zu schaffen, die den Kernpunkt der Sache verdunkeln und verdecken soll. Aber mit der Zeit ist diese schon oft angewandte Methode zu durchsichtig geworden, und es wird andrer Mittel, als der oben besprochenen, bedürfen, um dem Volke einen „Schreck einzujagen", so daß es in der Angst mit seiner Schröpfung sich einverstanden erklären soll.

Der Steuerteufel geht wieder um, der es auf die Arbeiterklasse gemünzt hat. Sie muß wachsam auf Posten sein, wenn er ihr nicht sein Päckchen aufhängen soll.

Finanzreform und Tabakindustrie.

Nach den wiederholten Aeußerungen der offiziösen Presse unterliegt es gar keinem Zweifel mehr, daß die Reichsregierung allen Ernstes daran denkt, im kommenden Herbst die sogenannte große Finanzreform, bei der es sich ja nur darum handeln wird, die Steuerschraube fester anzuziehen, auch auf Kosten der ohnehin schon schwer belasteten deutschen Tabakindustrie zustande zu bringen. Dieses sicher in Aussicht stehende steuerpolitische Verlangen der Reichsregierung ist, angesichts der besonderen Vorliebe aller Finanzministerien für Tabak als Steuerobjekt auch gar nicht weiter verwunderlich, und auch nicht ausgeschlossen, daß im Reichstage sich hierfür eine Mehrheit findet. Unter dem Vorwande, der Tabak sei ein nicht notwendiger Verbrauchsartikel, wird mancher Reichsbote für dessen Höherbesteuerung zu haben sein, der nicht mit Tabakinteressenten als seinen Wählern zu rechnen hat.

Für die Tabakindustrie ist also große Gefahr im Verzuge, weshalb es geboten erscheint, schon jetzt mit allem Nachdruck eine Gegenbewegung zu inszenieren. Zunächst jedoch gilt es festzustellen, daß jene Ansicht, wonach der eigentliche Konsument der Tabakfabrikate die erwähnte Belastung in Form von höheren Preisen tragen wird, eine total falsche ist. Gerade der Umstand, daß Tabakfabrikate keine dringend notwendigen Verbrauchsartikel darstellen, also ganz oder doch bis zu einer bestimmten Grenze zu entbehren sind, spricht gegen diese Ansicht. Der Tabakkonsument wird sich, sobald er einen höheren Preis zahlen soll, einschränken in seinem Konsum, und zwar um so mehr, als seine Einnahmen kaum reichen für die wirklich dringend notwendigen Gebrauchsartikel. Die Einnahmen der großen Masse des Volkes sind aber infolge der rücksichtslosen Volksausplünderung durch die Zollpolitik u. s. f. schon höchst knapp bemessen, worunter die Tabakindustrie heute bereits zu leiden hat. Ein Rückgang des Verbrauchs an Tabakfabrikaten wird bei Verwirklichung einer weiteren Belastung sicher zu erwarten sein. Dieser Rückgang hat, da die Arbeiter überflüssig werden, selbstverständlich große Arbeitslosigkeit zur Folge.

Diese Arbeitslosigkeit bildet nun ein geeignetes Mittel, die Löhne zu drücken. Die Unternehmer werden die günstige Gelegenheit nicht verpassen. Es sind folglich die Tabakarbeiter und nicht die Tabakkonsumenten, die in Gemeinschaft mit vielen kleinen Fabrikanten, die entweder keine Arbeiter beschäftigen oder mit ihrer geringen Kapitalkraft die Lohndrückereien nicht durchzusetzen vermögen, die ungeheuerliche Belastung zu tragen haben werden.

In gleicher Weise wirkten die Tabakzoll- und Tabaksteuererhöhungen im Jahre 1879. Arbeitslosigkeit und grenzenlose Lohndrückereien hatten sie für die Tabakarbeiter im Gefolge. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse, die in der Zeit vor dem Jahre 1879 getrost einen Vergleich mit jenen anderer Branchen bestehen konnten, sanken rapid bis zu einer bedenklichen Stufe, wie jeder Eingeweihte und auch die Regierung weiß. So betrug nach den Feststellungen der Berufsgenossenschaften der Jahresverdienst (300 Arbeitstage) der Tabakarbeiter im Jahre 1885 400 Mk. oder 1.33 Mk. pro Tag. Allmählich und erst mit dem Erstarken und Eingreifen der Organisation der deutschen Tabakarbeiter konnte eine Besserung der Lohnverhältnisse erzielt werden. Nach den Berechnungen der Berufsgenossenschaften gestalteten sich die Jahres-Durchschnittslöhne wie folgt:

Jahr	Versicherte Personen (à 300 Arbeitstage)	Berechnete Lohnsumme in Mk.	Jahresdurchschnittsverdienst in Mk.	Durchschnittstagesverdienst in Mk.
1885	95 136	9 524 684 [1]	400.— [2]	1,33
1890	105 486	50 783 781	481.—	1,60
1895	123 051	62 987 236	512.—	1.71
1900	140 531	76 038 604	541.—	1,80
1905	153 708	85 091 318	554.—	1,85
1906	356 157	89 868 700	575.—	1,92

Für das Jahr 1906 konnte dennoch erst ein Jahresdurchschnittslohn von 575.00 Mk. oder ein Tagesdurchschnittslohn von 1.92 Mk. festgestellt werden. Zur Beurteilung des hier berechneten Jahresdurchschnittslohnes kommt noch in Frage, daß die meisten Tabakarbeiter keine 300 Arbeitstage zu leisten imstande sind; allein infolge Krankheit entfallen schon auf jeden Arbeiter pro Jahr durchschnittlich 10 Tage Arbeitsunfähigkeit.

Jeder Unbefangene wird zugeben müssen, daß ein solcher Lohn, der dazu im wesentlichen erst durch mühevolles Ringen der Organisation erzielt wurde, gelinde gesagt, einfach elend zu nennen ist. Man bedenke, es ist der Durchschnittslohn! Ganz abgesehen nun von der Tatsache, daß eine Tabakbesteuerung an und für sich ungerecht und unvereinbar ist mit dem Grundsatze, daß jeder Staatsbürger zur Bestreitung wirklich notwendiger Ausgaben des Staates oder Reiches nach seiner Leistungsfähigkeit herangezogen werden müßte, wird sie nicht allein die bescheidene wirtschaftliche Existenz der Tabakarbeiter aufs schwerste schädigen, sie wird zugleich auch alle Errungenschaften der Organisation im Verlaufe von 21 Jahren mit einem Schlage aufheben, was um so schwerer ins Gewicht fällt, als diese kaum mit der Steigerung der Lebensmittelpreise gleichen Schritt gehalten haben.

Darf diese steuerpolitische Untergrabung so vieler, dazu noch so bescheidener Existenzen zur Wirklichkeit werden? Niemals! Und zwar schon im „nationalen Interesse" nicht. In erster Linie werden die Tabakarbeiter und Interessenten sich mit äußerster Kraft dagegen zu wehren haben. Aber auch die übrige klassenbewußte Arbeiterschaft wird sich diesem Kampfe gegen die Verelendung großer Arbeitermassen anschließen müssen. Der Regierung und den besitzenden Klassen muß nachdrücklichst zu Gemüte geführt werden, daß das arbeitende Volk nicht gewillt ist, diese ungerechte, kurzsichtige Finanzpolitik zu dulden, unter welcher bei genauer Betrachtung alle Glieder des arbeitenden Volkes zu leiden haben werden. Die Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage einer Gruppe von Arbeitern überträgt sich mehr oder minder auf alle Arbeitergruppen und Volkskreise, oder hindert wenigstens alle wirtschaftlichen und sozialen Bestrebungen der untersten Volksschichten.

[1] Lohnsumme nur für das 4. Quartal 1885.
[2] Lohnsumme für das volle Jahr berechnet.

Die gleichlaufenden Interessen des gesamten werktätigen Volkes erfordern die intensivste gemeinsame Abwehr. Um so nachdrücklicher und umfangreicher diese notwendige Gegenbewegung geführt wird, desto eher wird es gelingen, die politische Vertretung der Besitzenden zu veranlassen, diese selbst zu belasten und Abstand zu nehmen von der unsinnigen Verpulverung der Finanzen für die unproduktiven Gewerbe des Militarismus und Marinismus sowie der damit in Zusammenhang stehenden abenteuerlichen Kolonialpolitik.

Den Tabakarbeitern ist dazu im besonderen zu raten, ihre gewerkschaftliche Organisation, die in den letzten Jahren so erfreuliche Fortschritte gemacht hat und die bessere Gestaltung der Lohnverhältnisse wesentlich beeinflußte, nach Kräften weiter zu stärken. Eine starke gewerkschaftliche Organisation bildet nicht allein die Gewähr dafür, die mit Recht gefürchteten Wirkungen der finanzpolitischen Maßnahmen illusorisch zu machen, sie verbürgt auch, wie die Tätigkeit des Verbandes zeigt, den sicheren Erfolg des Kampfes um einen höheren Anteil am Arbeitsertrag. Die sogenannte Reichsfinanzreform, die zum Teil auf Kosten der Tabakarbeiter und Tabakinteressenten durchgeführt werden soll, muß zur Stärkung des Klassenbewußtseins der Tabakarbeiter und ihrer wirtschaftlichen Widerstandskraft dienen.

Rundschau.

Ostelbische Methode zur Verböserung des Vereinsgesetzes. Ein vereinsrechtliches Unikum leistete sich eine hochwohllöbliche Polizeiverwaltung in Thorn in Westpreußen. Sie hielt den neuen Rechtszustand, daß ihr Versammlungen nicht mehr anzumelden sind, für so polizeiwidrig, daß sie ihn schleunigst auf ihre besondere Weise „verbesserte". Sie „verfügte" einfach an sämtliche Inhaber von Versammlungslokalen, daß diese ihr jede Versammlung in „sanitäts- und sicherheitspolizeilichem Interesse" bei Strafe von dreißig Mark 24 Stunden vorher anmelden müßten! Und zwar auf Grund des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung. Hoffentlich nimmt Herr von Bethmann-Hollweg schleunigst Gelegenheit, um die Autorität der Reichsgesetze auch in Thorn gegen ostelbische polizeiliche Reparaturgelüste gründlich zu schützen!

Das nationale Schwein. Die Berliner Volkszeitung weist in einem Leitartikel ziffernmäßig nach, daß wir aus der Fleischteuerung keineswegs heraus sind. Im Gegenteil. Bis auf Stuttgart, wo der Preis gleich geblieben ist, ist der Schweinefleischpreis in Danzig, Berlin, Dresden, Chemnitz, Leipzig und München erheblich höher als im Vorjahr. Die Zusammenstellung zeigt die Bewegung sowohl in Nord- als in Mittel- und Süddeutschland; es läßt sich also annehmen, daß die Verteuerung von Schweinefleisch ziemlich allgemein ist. Die Steigerung des Preises für Schweinefleisch macht im Vergleich zum Vorjahr durchschnittlich etwa zehn Pfennig für das Kilogramm aus. Da der monatliche Konsum etwa 118 Millionen Kilogramm beträgt, so kann man leicht berechnen, daß sich bei gleichem Konsum die Ausgaben für Schweinefleisch um zirka 12 Millionen Mark erhöhen. Das ist eine Summe, die bei den gegenwärtigen Einkommens- und Preisverhältnissen keineswegs nebensächlich ist. Entweder es wird, um den Fleischkonsum auf bisheriger Höhe zu halten, diese Mehrausgabe gemacht, dann gehen die 12 Millionen Mark für die Befriedigung anderer Bedürfnisse verloren, es können andere Waren nicht oder nur weniger gekauft werden. Oder der Fleischkonsum wird eingeschränkt, dann leidet aber die Ernährung eines Teils der Bevölkerung — mit Ausnahme des Großagrariertums, das schmunzelnd den neuen Profit am „nationalen" Schwein einsteckt.

Arbeiterverhältnisse in England und Deutschland. Dieser Tage hat das englische Handelsamt ein Gelbbuch herausgegeben, in dem die Löhne, Arbeitszeit und die Lebensmittelpreise von 33 deutschen Städten zusammengestellt sind. Die Vergleiche mit den englischen Verhältnissen ergeben mit aller Deutlichkeit, daß der deutsche Arbeiter in jeder Beziehung schlechter gestellt ist, als sein englischer Kamerad. Das Buch umfaßt 550 Seiten und bildet den zweiten Teil der vom Handelsamt unternommenen internationalen Erhebungen über die Arbeitszeit, Löhne, Lebensmittelpreise, Wohnungsmiete usw. Die Untersuchungen waren sehr umfangreich, sie erstreckten sich, wie schon bemerkt, auf 33 der hervorragendsten Städte mit zirka 9 Millionen Einwohnern und es wurden nicht weniger denn 5000 Familien befragt. Die englische Regierung hat hier also Material zusammengetragen von einem Umfange, wie es unsres Wissens die deutsche Regierung auf diesem Gebiete noch nicht besitzt. Erhebliche Unterschiede ergeben sich schon bezüglich der Wohnung. Während die englischen Arbeiter zum größten Teil in kleinen Ein- oder Zweifamilienhäusern untergebracht sind und 4 bis 5 Räume zur Verfügung haben, befinden sich die Wohnungen der deutschen Arbeiter in der Regel in großen Mietskasernen, sie wohnen in jeder Beziehung viel schlechter und räumlich beschränkter. Wird der Preis der englischen Arbeiterwohnung gleich 100 gesetzt, so kommt die der Deutschen im Durchschnitt auf 123 zu stehen. Die Ernährung ist in England bekanntlich im allgemeinen eine viel bessere, reichhaltigere, vor allem wird viel mehr Fleisch konsumiert, das dort viel besser und billiger ist. Dasselbe trifft zu auf das Brot. In England wird ausschließlich das bekömmlichere und nahrhaftere Weizenbrot gegessen, in Deutschland das sättigendere Roggenbrot. Ein zahlenmäßiger Vergleich zwischen den Lebensmittelpreisen bei uns und in England ergibt, wenn man die englischen Preise gleich 100 setzt, folgendes:

Zucker	119	Butter	105
Kartoffeln	88	Weizenmehl	140
Milch	75	Rindfleisch	122
Hammelfleisch	137	Schweinefleisch	123
Speck	123	Kohlen	124

Aus obigem geht hervor, daß in Deutschland nur zwei Lebensmittel, nämlich die Kartoffel und die Milch, billiger sind als in England; alles übrige ist erheblich teurer. Das gleiche gilt für die Feuerung und im allgemeinen auch bezüglich der Bekleidung und vieler Wirtschaftsgegenstände. England kennt keine Schutzzölle, das Rohmaterial gelangt viel billiger ins Land, die Industrie kann also viel billiger produzieren.

Nun beziehen sich die obigen Preise und die Vergleiche mit England nicht auf die neueste Zeit, sondern auf Oktober 1905. Seitdem sind in Deutschland die Lebensmittelpreise durch die letzte Zollgesetzgebung wieder erheblich gestiegen, nach den Berechnungen des englischen Handelsamts das Brot allein um weitere 23 Prozent. Mit der Steigerung der Lebensmittelpreise hat dagegen das Steigen der Löhne nicht Schritt gehalten, nach den im Gelbbuch angestellten Berechnungen beträgt die Lohnerhöhung im Durchschnitt aller Berufe nur 3—8 Prozent. Die Lebenshaltung der deutschen Arbeiter hat also gegenüber der seiner englischen Brüder eine weitere Verschlechterung erfahren. Das allgemeine Resultat der Untersuchungen wird wie folgt zusammengefaßt: der deutsche Arbeiter erhält an Wochenlohn zirka 17 Prozent weniger, obwohl er etwa um 10 Prozent länger arbeitet, als sein englischer Kamerad in demselben Gewerbe. In andern Worten: Sein Stundenlohn beträgt etwa drei Viertel des Lohnes seines englischen Kollegen, während er anderseits die notwendigen Lebensmittel um ein Fünftel teurer kaufen muß als in England.

Die Krise. Aus Hohenstein-Ernstthal wird berichtet: In der hiesigen Webindustrie wird der Geschäftsgang immer schlechter. Während einige Fabriken mit verkürzter Arbeitszeit und mit verminderter Arbeiterzahl arbeiten, greift die Krise jetzt auch auf die Hausweberei über. Viele alte Weber müssen feiern oder haben nur zwei Tage pro Woche zu arbeiten, so daß sich schon viele Weber anderen Berufen zugewandt haben. Seit vielen Jahren hat die hiesige Webindustrie keine so schweren Zeiten durchgemacht als gegenwärtig.

Die Hetze gegen die Krankenkassen ist international, wie das russische Bulletin mitteilt. Die Vereinigung der südrussischen Eisenindustriellen gab vor einiger Zeit, als eine Kommissign von Regierungs- und Unternehmervertretern über die Einleitung einer Versicherungsgesetzgebung beriet, eine von einem Arzt (!) zusammengestoppelte Broschüre heraus, in der es von den deutschen Krankenkassen hieß:

„Es ist klar, daß, wenn auch nicht alle, so doch viele Krankenkassen (in Deutschland) neben der ökonomischen Rolle, zu der allein sie ihrem Wesen nach berufen sind, allmählich einen politischen Charakter angenommen haben. Es ist z. B. bekannt, welche Rolle die Krankenkassen bei der Erklärung irgend eines großen Streiks in einer großen Gruppe von Betrieben spielen; alle Streikenden, die einen Husten oder Schnupfen, einen kranken Zahn usw. als Vorwand aufweisen können, beeilen sich, ein Kassenbillett zu erlangen und finden in der Krankenkasse freundliche Aufnahme während der ganzen Dauer des Streiks."

Eine solche Verleumdung hat noch nicht einmal der Reichsverband gewagt. In Rußland wird es natürlich von den Gewalthabern gern geglaubt und als Vorwand benutzt, die Arbeiter auch auf dem Gebiete der Sozialgesetzgebung zu knechten.

Der Ruf der Gelben. Die gelben sogenannten Arbeitervereine, die auf Wunsch und Kosten und zum Vorteil der Unternehmer gegründet wurden, stehen trotz ihrer hohen Protektoren doch nicht besonders hoch im Ansehen bei der Bevölkerung. Es ist zur Genüge bekannt geworden, daß die unmoralischsten, die verkommensten und heruntergekommensten Elemente des Proletariats gerade in den gelben oder sogenannten vaterländischen Arbeitervereinen sich breitmachen. Wie hoch das Ansehen ist, das gelbe Arbeitervereine genießen, dürfte auch aus der Tatsache hervorgehen, daß an der am Sonntag stattgefundenen Fahnenweihe des Bergmannsvereins in Döllnitz im Saalekreis eine ganze Anzahl der eingeladenen Mädchen es abgelehnt hat, am Feste der Gelben teilzunehmen. Sie wiesen die Zumutung, die sie als Schimpf betrachteten, mit Entrüstung zurück. Den wackeren Mädchen von Döllnitz ist diese Handlung um so höher anzurechnen, als es bei diesem Fest der Weihe der gelben Fahne natürlich an Geld nicht fehlte und somit sich ihnen Genüsse boten, die sie nicht oft angeboten erhalten. Sie wollten aber mit dieser gelben Gesellschaft nichts zu tun haben und darum verdienen sie es, daß ihr solidarisches Handeln registriert wird. So weit ist es mit der gelben Gesellschaft gekommen!

Aktiengesellschaften in der Zigarrenindustrie.

Seit wenigen Monaten besitzen wir den Anfang einer amtlichen Statistik der Aktiengesellschaften im Deutschen Reiche. Sie wurde zuerst für den Stand am 31. Dezember 1906 ausgearbeitet und dann Ende 1907 veröffentlicht; weiter ist anfangs 1908 eine ergänzende Statistik für die Bewegung der Aktiengesellschaften im Jahre 1907 zur amtlichen Veröffentlichung gelangt. Leider sind aber nur für ganz große Gruppen, wie zum Beispiel das ganze Nahrungsmittelgewerbe, das ganze Handelsgewerbe und dergleichen, die Zahlen in mehrfachen Beziehungen gegeben, während die Unterscheidung für die Unterabteilungen nur in geringerem Umfange zu finden ist. Deshalb können wir auch über die Tabakindustrie nicht allzuviel mitteilen. Merkwürdigerweise sind bloß 6 Aktiengesellschaften nachgewiesen, und zwar mit einem Gesamtkapital von 10 700 000 Mk. Eine der Gesellschaften hat ein Kapital zwischen 3 und 5 Millionen Mark, je 2 zwischen 1 bis 2 und zwischen ½ und 1 Million Mark, und endlich eine zwischen 100 000 bis 250 000 Mk. Von diesen Gesellschaften wurde eine zwischen 1871 und 1880, 2 zwischen 1881 und 1890, weitere 2 zwischen 1896 und 1900 und endlich eine im Jahre 1901 gegründet. Im wesentlichen handelt es sich bei diesen Gesellschaften wohl um solche der Zigarettenfabrikation. Relativ sehr unbedeutend ist die Verbreitung der Aktiengesellschaften in der Tabakindustrie des Deutschen Reichs, wenn man erwägt, daß es insgesamt im Deutschen Reiche 5060 Aktiengesellschaften gab mit einem Kapital von 13 848 609 000 Mk.

Ueber die Veränderungen dieser Aktiengesellschaften im Jahre 1907 kann für die Tabakindustrie nichts besonderes mitgeteilt werden, weil aus der Gruppe der Industrie der Nahrungs- und Genußmittel bloß die Brauereien und Mälzereien ausgeschieden sind.

Berichte.

Breslau. Am 5. Juli tagte im Gewerkschaftshause eine Bezirkskonferenz mit der Tagesordnung: 1. Arbeitsnachweis und Festsetzung eines Minimallohnes; 2. Die Taktik bei unsern Lohnbewegungen; 3. Die Aufgaben der Ortsverwaltungen und Vertrauensleute; 4. Verschiedenes. Ehe in die Tagesordnung eingetreten wurde, begrüßte Kollege Clement die anwesenden Delegierten und sprach den Wunsch aus, daß die Arbeiten, welche zu erledigen seien, zum Nutzen des Verbandes sein möchten. Ins Bureau wurde Langner-Ohlau als Vorsitzender, Großert-Breslau als Schriftführer gewählt. Zum 1. Punkt referierte Kollege Clement über: Die Notwendigkeit der Einführung eines Zentralarbeitsnachweises für Schlesien und Posen, worin ihm die anwesenden Delegierten beistimmten. Der Hauptsitz des Arbeitsnachweises soll Breslau sein. Zur Leitung desselben wurde Alfred Rebling, Breslau VI, Friedrich-Wilhelm-Straße Nr. 76, Htrh. II., bestimmt. Der Minimallohn für Breslau soll 8 Mark pro Mille betragen, für kleine Orte 7.50 Mark. Zur Erhaltung des Arbeitsnachweises wurde in Vorschlag gebracht, daß jedes Mitglied vierteljährlich 5 Pfg. zu zahlen hätte; es wurde den einzelnen Zahlstellen überlassen, das Weitere zu regeln. Der Arbeitsnachweis soll bald in Funktion treten; der Hauptvorstand hat bereits eine kleine Summe dazu bewilligt. Darauf referierte Kollege Clement in eingehender Weise über: Die Taktik bei unsern nächsten Lohnbewegungen, da wir mit einer starken Fabrikantenorganisation zu rechnen haben. Alle anwesenden Delegierten erklärten sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden. Kollege Rebling referierte dann über: die Aufgaben der Ortsverwaltungen und Vertrauensleute, und ersuchte, bei der Wahl der leitenden Personen in den einzelnen Zahlstellen vorsichtig zu sein. Ferner ersuchte Redner, wenn möglich, in allen Zahlstellen das Hauskassieren einzuführen, schon im Interesse einer geregelten Geschäftsführung, damit die überaus großen Reste in Wegfall kommen. Auch hierbei soll man vorsichtig sein in der Wahl der Personen. Des weiteren wurde ausgeführt, daß man die Verbandsgelder nicht so lange am Orte behalten, sondern sie bald an den Hauptvorstand absenden sollte, damit das Geld zinstragend angelegt werden könne. Ebenso sollte man die Abrechnungen eher einsenden, als es bisher in einzelnen Zahlstellen der Fall war. In der Diskussion wurde der Antrag eingebracht, daß spätestens bis zum 15. nach Schluß eines jeden Quartals die Abrechnungen an den Hauptvorstand und Gauleiter eingesandt werden müssen. Dieser Antrag gelangte einstimmig zur Annahme. Von verschiedenen Delegierten wurde der Wunsch ausgesprochen, in ihren Bezirken eine Hausagitation vorzunehmen. Die Agitation soll von Kollegen andrer Orte betrieben werden, da die betreffenden Kollegen am Orte mit Maßregelungen zu rechnen haben. Von seiten des Kollegen Langner-Ohlau wurde eingehend über die katholischen Fach- und Marthavereine berichtet. Gerade die Gründung von solchen Vereinen erschwert in Ohlau die Agitation außerordentlich.

Leipzig. Am 4. Juli fand im Volkshause eine öffentliche Tabakarbeiterversammlung statt. Die Tagesordnung lautete: 1. Vortrag des Genossen Busch über: Die Entwicklung der Wirtschaftsordnungen; 2. Oertliches. Da der Referent zum 1. Punkt der Tagesordnung durch unerwartet eingetretene Verhältnisse in seiner Organisation nicht erscheinen konnte, so mußte davon Abstand genommen werden. Zu bedauern ist ebenfalls noch, daß die Mitglieder trotz Einladung durch Handzettel so spärlich in der Versammlung erschienen waren, daß es sich kaum gelohnt hätte, einen derartigen Vortrag halten zu lassen. Zum 2. Punkt der Tagesordnung wurde beschlossen, am 9. August einen Ausflug nach dem Oberholz zu veranstalten; das Nähere darüber erhalten die Mitglieder noch durch Zirkular mitgeteilt. Ferner wurde noch zu dem im Herbst stattfindenden Vergnügen ein Festkomitee von 11 Kollegen gewählt. Damit war die Tagesordnung erledigt. Der Vorsitzende ersuchte die Mitglieder, sich recht zahlreich am Gewerkschaftsfest zu beteiligen.

Löwensen-Thal. Am 11. Juli tagte im Lokale des Herrn H. Knieriem eine außerordentliche Mitgliederversammlung. Verbandssekretär Tiedermann referierte über das Thema: Die Leistungen und Erfolge des Deutschen Tabakarbeiterverbandes. Redner wies in seinem 1½stündigen Vortrage an der Hand statistischen Materials nach, daß der Verband hauptsächlich in den letzten Jahren Nennenswertes geleistet habe. Das Gauleitersystem habe in erheblichem Maße dazu beigetragen; denn hierdurch sei es möglich, überall mit den Tabakarbeitern Verbindungen anzuknüpfen. Während die frühere Organisation der Tabakarbeiter sich mit Abwehrkämpfen begnügen mußte, sei es unserm jetzigen Verbande möglich gewesen, eine ganze Reihe von Angriffskämpfen erfolgreich zu führen. Die Heimarbeit wurde von seiten des Kollegen Tiedermann einer derben Kritik unterzogen; sie sei es in erster Linie, die das Familienleben zerstöre. Durch übermäßig lange Arbeitszeit, Heranziehen der Frauen- und Kinderarbeit würden die Löhne bedeutend gekürzt. Hier müsse Wandel geschaffen werden. Die Tabakarbeiter müssen das gänzliche Verbot der Heimarbeit verlangen; jeder einzelne müsse sein Teil mit dazu beitragen. Dies könne am besten geschehen, indem sämtliche Tabakarbeiter in den Deutschen Tabakarbeiterverband eintreten und somit in die Reihen ihrer kämpfenden Kollegen. Zum Schluß kam Redner auf den Streik bei der Firma Wolrad, Müssel u. Söhne zu sprechen. Sämtliche Einigungsversuche sind bis jetzt als gescheitert anzusehen, so auch der letzte mit der Kommission im Beisein des Kollegen Tiedermann. An diesen Punkt schloß sich eine lebhafte Diskussion. Die Versammlung wurde sich schließlich dahin einig, daß die Kommission am Montag, den 13. Juli, noch einmal bei Herrn Müssel vorstellig werden solle; es steht zu hoffen, daß bei dieser Gelegenheit eine Einigung erzielt wird.

Oranienbaum. In der am 6. Juli abgehaltenen gut besuchten Mitgliederversammlung erstattete Gauleiter Burgold-Braunschweig den Bericht über den Gewerkschaftskongreß in Hamburg. Sodann wurde als Delegierter zur Gaukonferenz Kollege Gustav Hempel gewählt. Unter Verschiedenes teilte der 2. Bevollmächtigte mit, daß unsre Zahlstelle im 2. Quartal 16 Mitglieder gewonnen habe; jedoch sei die Fluktuation noch sehr groß.

Spenge. Der Streik bei Colbrunn hat bekanntlich mit einem ganz hübschen Erfolge der Tabakarbeiter geendet, wenn auch die Forderungen nicht vollständig durchgesetzt werden konnten. Dem Gauleiter Schlüter, welcher diesen Erfolg durch Vermittlung beim Fabrikanten herbeigeführt hatte, ist nun durch Leute, welche dem Verband der deutschen Tabakarbeiter ein besonderes Wohlwollen entgegenbringen, nachgeredet worden, er hätte die Interessen der Arbeiter nicht nachdrücklich genug vertreten, sonst hätte mehr erreicht werden können. Er habe sich vom Fabrikanten bestechen lassen. Schlüter durfte natürlich diese Verleumdung nicht auf sich sitzen lassen, und so standen heute die Arbeiter Stöcker und Horst, welche sich zur Weiterverbreitung dieser üblen Nachrede hatten verleiten lassen, vor dem Schöffengericht in Herford. Die Aussage des Fabrikanten Colbrunn ergab, daß Schlüter bei seiner Vermittlung für die Arbeiter das möglichste herausgeholt hatte, und daß von einer Bestechung gar nicht die Rede sein kann. Da Schlüter an einer Bestrafung der irregeleiteten Arbeiter nichts gelegen war, kam ein Vergleich zustande. Die Arbeiter bedauerten, die Verleumdung weiterverbreitet zu haben, verpflichteten sich, eine entsprechende Erklärung auf ihre Kosten binnen einer Woche in der Volkswacht zu veröffentlichen und übernahmen die Kosten des Verfahrens.

Zeitz. Hier fand am 6. Juli unsre Mitgliederversammlung statt, welche aber leider sehr schwach besucht war. Da die Juni-Versammlung ausgefallen war, ehrten die Kollegen und Kolleginnen das Andenken des am 18. Mai d. J. verstorbenen Kollegen Gustav Pfauder in der üblichen Weise. Die Abrechnung wurde vom Kassierer Kollegen Modrow verlesen, vom Kollegen Hollin als Revisor wurde die Richtigkeit der Abrechnung erklärt;

letzterer bemängelte die Unpünktlichkeit der andern Revisoren und meinte, sie sollten sich auch einmal sehen lassen. Weiter stellte er den Antrag, zwei andre Revisoren zu wählen. Der Antrag fand Unterstützung und die Wahl fiel auf die Kollegen Martin und Singer. Auch die Abrechnung von der Lokalkasse wurde für richtig befunden. Den Kartellbericht erstatteten die Kollegen Singer und Reupke in ausführlicher Weise. Im Geschäftlichen war mitzuteilen, daß das Gewerkschaftskartell am 12. Juli eine Arbeitslosenzählung vornahm; die Kollegen sollten durch ihre Hilfe die Sache fördern. Weiter wurde das Gewerkschaftsfest besprochen, welches am 19. Juli stattfindet, wozu der organisierten Arbeiterschaft zum erstenmal ein öffentlicher Aufzug erlaubt worden ist. Es ist hier eine rege Beteiligung durchaus erwünscht. Im Verschiedenen wurde mitgeteilt, daß die Firma Lutterbek u. Fiedler-Leipzig, welche hier eine Filiale hat, angeblich wegen schlechten Geschäftsgangs Leute entläßt. Es ist dieses für uns schwieriger, da die Arbeit in Zeitz sowieso brach liegt, und wir gewissermaßen, da die Kollegen und Kolleginnen nicht fortmachen können, resp. nicht wollen, dem Ausbeutungssystem der Hausarbeit Vorschub leisten. Vielleicht haben wir später Gelegenheit, uns weiter über letzteres zu verbreiten. Soweit die Hauptpunkte der Versammlung, aber wir müssen noch ein paar ernste Worte an alle Mitglieder am hiesigen Orte richten. Kollegen und Kolleginnen, seit Jahren ist hier eine Lauheit eingetreten, welcher auch noch von Tag zu Tag mehr zu spüren ist. Das kann auf alle Fälle nicht so fort gehen, wir werden alles einsetzen müssen, damit wir mehr und näher zusammenkommen. Aber woran liegt es denn, daß wir immer nur einen so schwachen Versammlungsbesuch haben? Da heißt es: „Das Lokal gefällt uns nicht, im früheren Lokale war es besser." Ob sich aber die Kollegen wohl einmal um ihre Gesundheit gekümmert haben? Denn ein Keller-Restaurant ist wohl nicht der geeignetste Platz, Versammlungen abzuhalten, und das gilt ganz besonders von unserm alten Verkehrslokal. Ein besseres Lokal, wie das jetzige, können wir uns gar nicht wünschen. Aber sehst früher, im alten „besseren" Lokal waren noch weniger Mitglieder anwesend! Die Mitglieder, die am Lokal etwas auszusetzen haben, mögen nur zur nächsten Versammlung kommen und ihre Wünsche vorbringen; sind dieselben stichhaltig, dann werden wohl die andern Mitglieder darüber zu entscheiden wissen. Vor allem mögen aber auch die Mitglieder darauf achten, daß sie bei der Abrechnung nicht mit soviel Resten abschließen; von alten Mitgliedern sollte man doch erwarten können, daß sie ihrer Pflicht zur rechten Zeit nachkämen. Wir werden hierin strikte nach dem Statut verfahren. Weiter zur Lokalkasse! Sie steht bei uns immer noch auf ein und derselben Stufe, wie vor drei Jahren, dem Gründungsjahr; ihr ganzer Bestand beläuft sich auf eine ganze Mark. Hierin muß auch etwas getan werden; die Kolleginnen und Kollegen mögen darüber einmal gründlich nachdenken und sich in der nächsten Versammlung darüber aussprechen. — Noch ein paar Worte über die Filiale der Firma Lutterbek u. Fiedler hier. Wie schon gesagt, hat die Firma Leute entlassen; **dieselben haben aber sofort Mexiko-Hausarbeit angeboten erhalten und auch angenommen;** ob sie freilich dabei auf ihre Rechnung kommen werden, ist fraglich. Diese Mexiko-Hausarbeit geht gut, da kann gar nicht genug fertig werden. Eine andre Sorte aber, wofür hier 6 Mk. Rollgeld und 3 Mk. Wickel bezahlt wurden, wird auf einmal nicht mehr gemacht. Und weshalb? Weil in der neuerrichteten Filiale, in der Umgegend von Kassel, diese Sorte für 6 Mk., sage und schreibe 6 Mk., fix und fertig gemacht wird. Ob diese Leute wohl je zur Einsicht kommen werden? Hoffentlich doch, und in nicht zu langer Zeit, das wäre sehr wünschenswert! Deshalb, Kolleginnen und Kollegen, tun wir erst unsre Pflicht. Stärken wir unsern Verband finanziell, damit wir energisch vorgehen können; finden wir uns immer möglichst vollzählig zu den Versammlungen ein, wo uns Gelegenheit geboten wird, uns über unsre Verhältnisse auszusprechen, und wo jedem Fingerzeige gegeben werden sollen, wo und wie jeder sein Teil dazu beitragen kann, um die indifferenten Massen aufzuklären, damit sie selbst anständigere Löhne erzielen, und nicht durch ihre verdammte Bedürfnislosigkeit und Stumpfsinnigkeit unsre Lebenslage herunterdrücken. Zum Schluß seien die Kolleginnen und Kollegen noch einmal aufgefordert, sich am Sonntag, den 19. Juli, zum Umzuge und zum Gewerkschaftsfeste möglichst zahlreich einzufinden! Alle treffen sich um 1 Uhr, Bürgererholung, zum Umzuge, auch die weiblichen Mitglieder!

Literarisches.

Im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, erschien soeben in vierter Auflage: Glossen zu Yves Guyots und Sigismund Lacroix' „Die wahre Gestalt des Christentums". Nebst einem Anhang: Ueber die gegenwärtige und künftige Stellung der Frau von August Bebel. Diese Arbeit enthält in knappen, scharfen Umrissen eine Darlegung, daß alle religiösen Bewegungen im Grunde sozialer Natur sind, insbesondere mit Bezug auf Luthers reaktionäre Reformationsbewegung. Im Anhang schildert Bebel in kurzen Zügen wie die Frau in der heutigen Gesellschaft zur Sklaverei degradiert wird und nur im Sozialismus ihre Befreiung finden kann. Preis 75 Pfg. Volksausgabe 30 Pfg. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Kolporteure.

Zur Gaukonferenz in Wernigerode.

Diejenigen Delegierten, die schon am Abend vor der Konferenz hier einzutreffen gedenken, wollen dies dem Unterzeichneten mitteilen, zwecks Besorgung eines guten und billigen Logis.

Am 26. Juli werden Kollegen zu allen Vormittagszügen am Bahnhof sein. Erkennungszeichen: Tabak-Arbeiter in der Hand. Das Tagungslokal (Volksgarten) liegt 5 Minuten vom Bahnhof.

F. Salzwedel, Wernigerode (Harz), Feldstraße 55.

14. Gau (Schlesien und Posen).

Sonntag, den 19. Juli, vormittags 11 Uhr, findet im Gasthof des Herrn Halbach, Birnbaum (Posen), eine Bezirkskonferenz für die Zahlstellen Birnbaum, Schönlanke, Miloslaw, Posen, Schwerin a. d. Warthe und Zirke statt.

Tagesordnung: 1. Arbeitsnachweis und Festsetzung eines Minimallohns; 2. Die Taktik bei Lohnbewegungen; 3. Wie betreiben wir in Zukunft die Agitation? 4. Die Aufgaben der Vertrauensleute und Ortsverwaltungen; 5. Verschiedenes.

*

Sonntag, 26. Juli, vormittags 11 Uhr, findet im Gasthof Bierquelle, Striegau-Gräben, eine Bezirkskonferenz statt. Folgende Zahlstellen haben daran teilzunehmen: Striegau, Schweidnitz, Langenbielau, Glatz, Peterswaldau, Frankenstein, Haynau, Liegnitz, Jauer und Goldberg.

Tagesordnung: 1. Arbeitsnachweis und Festsetzung eines Minimallohnes; 2. Die Taktik bei Lohnbewegungen; 3. Wie betreiben wir in Zukunft die Agitation? 4. Die Aufgaben der Ortsverwaltungen und Vertrauensleute; 5. Verschiedenes.

*

Sonntag, 2. August, vormittags 11 Uhr, findet im Hotel Namenlos, Görlitz, Krölstraße 55, für die Zahlstellen Görlitz, Greiffenberg, Hirschberg, Muskau und Priebus eine Bezirkskonferenz statt.

Tagesordnung: 1. Arbeitsnachweis und Festsetzung eines Minimallohns; 2. Die Taktik bei Lohnbewegungen; 3. Wie betreiben wir in Zukunft die Agitation? 4. Die Aufgaben der Ortsverwaltungen und Vertrauensleute;; 5. Verschiedenes.

Zahlstellen von über 100 Mitgliedern wählen zwei Delegierte, solche unter 100 Mitgliedern einen Delegierten.

Mit kolleg. Gruß Max Clement.

Vereinsteil.

Deutscher Tabakarbeiter-Verband.

Carl Deichmann, Vorsitzender, Bremen, Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 6.

Für den Vorstand bestimmte Zuschriften sind an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 6, zu adressieren.

Geld-, Einschreibe- u. Wertsendungen nur an W. Nieder-Welland, Bremen, Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 6.

Für den Ausschuß bestimmte Zuschriften sind an Emil Eilken, Altona-Ottensen, Scheel-Pleßenstraße 1, I, zu adressieren.

Bekanntmachungen.

Achtung!

Die Bevollmächtigten werden darauf aufmerksam gemacht, bei Auszahlung der Unterstützung an erwerbsunfähige Mitglieder, die Bestimmungen des § 11 des Verbandsstatuts genau zu befolgen.

Laut Bekanntmachung in Nr. 4 des Tabakarbeiter 1908 kommen **die Sonntage bei der dreitägigen Wartezeit nicht in Betracht. Krankenunterstützung darf also erst nach Ablauf von drei Wochentagen für die folgenden Wochentage gezahlt werden.** Ebenfalls dürfen nur die Anzahl der Bezugstage ausgezahlt werden, welche für ein Mitglied unter Anrechnung der Mitgliedschaft bei Beginn der Krankheit festgesetzt worden ist. **Innerhalb des Unterstützungsjahres, also vom Beginn der Erkrankung ab, bleiben die festgesetzten Unterstützungssätze, sowie die festgesetzte Anzahl der Bezugstage unverändert.**

Zum Beispiel: Ein Mitglied, welches am 1. 3. 07 aufgenommen und am 23. 1. 08 erkrankt ist, kann bis zum 22. 1. 09 nur für 30 Tage Unterstützung erhalten. Wenn die Erwerbsunfähigkeit in diesem Falle bis zum 11. 2. 08 dauert, ist demnach für 11 Tage Krankengeld zu zahlen. Erkrankt dasselbe Mitglied im Laufe des Unterstützungsjahres noch einmal, so kann zu der erhaltenen Unterstützung für 11 Tage nur noch bis zu 19 Tage ausgezahlt werden. Dabei bleibt es ganz gleich, ob die Mitgliedschaft beim zweiten Erkrankungsfalle ein Jahr beträgt.

Die Bevollmächtigten werden dringend ersucht, diese Vorschriften besonders zu beachten.

Achtung!

Ein Kollege **Johann v. Schoor** aus **Antwerpen** versucht an verschiedenen Orten unter Vorzeigung verschiedener Papiere aus Belgien Unterstützung zu erheben.

Dem Schoor darf keine Unterstützung verabfolgt werden. Schoor hat die ihm nachgewiesene Arbeit nicht angenommen und sind ihm die Wanderkarte und das Buch abgenommen. Dringend zu beachten ist, daß ohne eine Wanderkarte von unserem Verband, keine Unterstützung gezahlt werden darf. Auf diese Leute ist streng zu achten. Diese gehen nur darauf aus, die Kollegen und organisierten Arbeiter zu brandschatzen.

Von der Abteilung des Niederländischen Zigarren- und Tabakarbeiter-Verbandes Kempen in Holland wird der Kollege **Marten Wolters** aus **Geliwe** gesucht. Wer die Adresse des Kollegen weiß, sende diese an H. v. Aerst in Kempen (Holland), Kaiserstreet 28 oder an den Vorstand ein.

Ausgeschlossen nach § 15 (letzter Absatz) wurde **August Seitz** aus **Breitenbronn** (Baden). (899)

Bremen. **Der Vorstand.**

Vom 30. Juni bis 13. Juli 1908 sind folgende Gelder bei mir eingegangen:

A. Verbandsbeiträge:

		ℳ ₰
28.	Juni. Dahme	400.—
28.	Neckarhausen	50.—
29.	St. Andreasberg, Apitsch	3.20
29.	St. Andreasberg, W. Petersen	1.20
29.	Pfungstadt	400.—
29.	Ottensen	400.—
29.	Buradamm	300.—
29.	Vlotho	200.—
29.	Hartha	150.—
29.	Burg b. Magdeburg	40.—
29.	Eschwege	400.—
29.	Gardelegen	39.—
29.	Lauenburg	20.—
29.	Brieg i. Schl.	120.—
29.	Cölleda	40.—
29.	Neugersdorf	35.—
29.	Hanau	200.—
29.	Gera	170.—
29.	Ansbach	100.—
29.	Schutterwald	59.—
30.	Wißmar b. Gießen	125.95
30.	Ildehausen	50.—
30.	Hamburg	800.—
30.	Neuhaus	100.—
30.	Calbe	30.—
30.	Rees a. Rh., A. Hermsen	8.—
30.	Geldern	200.—
30.	Bünder-Feldmark	200.—
30.	Bünde i. W.	180.—
30.	Achim	250.—
30.	Berlin	400.—
30.	Halberstadt	200.—
30.	Dessau	50.—
30.	Peterswaldau	100.—
30.	Leisnig	100.—
30.	Schwedt a. O.	130.—
30.	Froschhausen	83.69
30.	Groß-Steinheim	100.—
30.	Wusterhausen	60.—
30.	Frankfurt a. O.	180.—
30.	Finsterwalde	500.—
30.	Glatz	100.—
1.	Juli. Hochdorf	40.—
1.	Ballendar	47.—
1.	Oestringen	50.—
1.	Rahden i. W.	50.—
1.	Strehlen	36.79
1.	Uslar	60.—
2.	Bremen	600.—
2.	St. Ingbert	35.—
2.	Döbeln	100.—
3.	Aachen	46.28
3.	Juli. Wernigerode	400.—
3.	Rheda i. W.	160.—
3.	Klein-Auheim	82.24
4.	Priebus	30.—
4.	Seligenstadt	80.—
4.	Langenau	100.—
5.	Lemgo	100.—
5.	Liebschwitz	300.—
5.	Parchim, J. Granat	10.05
6.	Hagen b. Pyrmont	100.—
6.	Stötteritz	90.—
6.	Wandsbeck	200.—
6.	Heide	100.—
6.	Altenburg	75.—
6.	Magdeburg	300.—
6.	Brandenburg	150.—
6.	Mühlberg a. E.	40.—
6.	Ladenburg	100.—
6.	Bassum, durch Chr. Blome	10.—
6.	Tannenberg	180.—
6.	Freiberg i. S.	400.—
7.	Hannover	400.—
7.	Segeberg	60.—
7.	Langenselbold	57.44
7.	Frankenberg i. S.	300.—
7.	Neumarkt i. Schl.	100.—
7.	Varel	41.08
7.	Lissa	26.20
8.	Trebbin	240.—
8.	Wittenberg	50.—
8.	Heuchelheim	450.—
8.	Hadersleben	300.—
8.	Speyer	100.—
9.	Wasungen	40.—
9.	Lübeck	207.50
9.	Kahla	137.—
9.	Itzehoe	150.—
10.	Rellingen	50.—
10.	Frankenhausen	150.—
10.	Winsen	100.—
10.	Seesen	60.—
10.	Steinberg	19.12
10.	Cottbus	100.—
10.	Zunsweier	100.—
11.	Johanngeorgenstadt	200.—
11.	Osterode a. H.	100.—
11.	Clausthal	150.—
11.	Orsoy a. Rhein	100.—
11.	Schöitmar	120.56
12.	Strehla	25.—
12.	Dobrilugk	45.—
12.	Groß-Rhüden	52.31
12.	Erdmannsdorf	60.—

B. Freiwillige Beiträge:

29.	Juni. Eschwege, C. Schemeyer	—.90
8.	Juli. Hamburg, H. Löwe	50.—
10.	Merseburg, durch O. Wenzel	38.40

C. Für Annoncen:

6.	Juli. Potsdam, E. Bethe, in Nr. 27	—.80

D. Für Protokolle der Generalversammlung:

10.	Juli. Merseburg, durch O. Wenzel	38.20

Der Beschluß der Generalversammlung, die freiwilligen Gelder zwecks gleichmäßiger Verteilung an den Kassierer nach Bremen zu senden, sei hiermit den Kollegen in Erinnerung gebracht.

Etwaige Reklamationen wolle man innerhalb 14 Tagen bei dem Unterzeichneten einbringen.

Ersuche die Herren Absender, auf dem Coupon die Bemerkung zu machen, ob es Verbandsbeiträge oder freiwillige Beiträge sind.

Bremen, den 16. Juli 1908.

W. Nieder-Welland, Kassierer,
Faulenstraße 58/60, II (Gewerkschaftshaus), Zimmer 6.

Vom Vorstande sind ernannt:

Für **Brettnig** i. S.: Max Wolf als 1. Bev.

Für **Neckarelz** i. B.: Albert Emmert als 1. Bev., Joseph Feil als 2. Bev., David Ulrich als 3. Bev.; Fritz Schütz, Ludw. Schütz als Kontrolleure.

Adressen-Aenderungen:

Nachstehende Aenderungen wollen die Mitglieder immer fortlaufend in ihrem Adressenverzeichnis vornehmen, damit sie stets ein richtiges Adressenverzeichnis haben.

Für **Brettnig** i. S.: Der 1. Bev. Max Wolf wohnt jetzt in Groß-Röhrsdorf, Nr. 185. Alle Zuschriften sind nur an diesen zu richten.

Für **Großenhain:** Der 1. Bev. Max Schilbe wohnt jetzt Lobersbergstraße 2.

Für **Kaiserslautern:** Der 1. Bev. Leonh. Simmendinger wohnt jetzt Nadelstraße 6. — Der 2. Bev. Philipp Leib wohnt jetzt Schützenstraße 50.

Für **Krefeld:** Der 1. Bev. Arnold Leenen wohnt jetzt Ispelsstraße 38. Alle Sendungen und Zuschriften sind an diesen zu richten.

Für **Lippstadt:** Der 2. Bev. Fr. Neuhoff wohnt jetzt 2. Pfad Nr. 3. Alle Zuschriften sind an diesen zu richten.

Für **Münden** i. H.: Der 2. Bev. H. Görtelmeyer wohnt jetzt Siebenturmstraße 20, I.

Für **Neckarelz** i. B. (8): Alle Zuschriften sind an den 1. Bev. Albert Emmert zu richten.

Mitglieder-Versammlungen.

(Mitglieder, besucht Eure Versammlungen zahlreich!)

In **Bischofswerda:** Sonnabend, den 18. Juli, abends 9 Uhr, in M. Müllers Restaurant. Tagesordnung: Abrechnung vom 2. Quartal. J. A.: **Der Bevollmächtigte.**

In **Landsberg a. W.:** Sonnabend, den 18. Juli, abends 8½ Uhr, im Vereinslokal bei R. Daber, Moltkestraße 18. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 2. Quartal. 2. Kartellbericht. 3. Verschiedenes. — Zahlreiches Erscheinen wünscht
J. A.: **Der Bevollmächtigte.**

In **Neuhaus a. E.:** Sonnabend, den 18. Juli, abends 8½ Uhr, im Knoblauchschen Lokal. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 2. Quartal. 2. Verschiedenes.
J. A.: **Der Bevollmächtigte.**

In **Seifhennersdorf:** Sonnabend, den 18. Juli, abends ½9 Uhr, im Schweizerhaus. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. — Allseitiges Erscheinen notwendig.
Die Ortsverwaltung.

In **Neckarhausen:** Sonntag, den 19. Juli, nachmittags 2 Uhr, in der Krone. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. — Um vollzähliges Erscheinen bittet
J. A.: **Der Bevollmächtigte.**

In **Altenburg** i. S.-A.: Montag, den 20. Juli, abends ½9 Uhr, im Gasthof zum goldnen Engel. Tagesordnung: 1. Protokoll. 2. Abrechnung. 3. Gründung einer Lokalkasse. 4. Innere Verbandsangelegenheiten. — Das Erscheinen aller ist Pflicht. J. A.: **Der Bevollmächtigte.**

In **Bielefeld:** Sonnabend, den 25. Juli, abends 8½ Uhr, im Lokale des Herrn Blome, Webereistraße 5. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. — Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ersucht J. A.: **Der Bevollmächtigte.**

In **Dahme:** Sonnabend, den 25. Juli, abends ½9 Uhr, im Kaisergarten. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 2. Quartal. 2. Oertliche Angelegenheiten. — Zahlreiches Erscheinen ist notwendig. J. A.: **Der Bevollmächtigte.**

In **Soest:** Sonnabend, den 25. Juli, abends 9 Uhr, im Adler. — Mitgliedsbücher mitbringen.

Sonntag, den 19. Juli, nachmittags 2 Uhr, im Adler Treffpunkt zum Gewerkschaftsausflug.
J. A.: **Der Bevollmächtigte.**

In **Rahden:** Sonntag, den 26. Juli, nachmittags 4 Uhr, beim Gastwirt Schwettmann. Tagesordnung: 1. Hebung der Beiträge. 2. Abrechnung vom 2. Quartal. 3. Verschiedenes.
J. A.: **Der Bevollmächtigte.**

In **Waldheim:** Montag, den 27. Juli, abends 8 Uhr, im Schweizertal. Tagesordnung: 1. Stellungnahme zur Gauletterfrage im 12. Gau. 2. Gewerbegerichtswahl betreffend. 3. Abrechnung vom 2. Quartal. 4. Verschiedenes. — Das Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht. J. A.: **Der Bevollmächtigte.**

Kottbus. Die Kontrolleure werden ersucht, Sonntag, den 19. Juli, nachmittags 3 Uhr, zur Abrechnung beim 2. Bevollmächtigten zu erscheinen. Gleichzeitig werden die Restanten ersucht, ihre Beiträge zu begleichen, widrigenfalls nach § 15 Absatz c verfahren wird. J. A.: **Der Bevollmächtigte.**

Dahme. Das Umschauen in den Fabriken ist verboten.
J. A.: **Der Bevollmächtigte.**

Hamburg. Die Auszahlung der Arbeitslosen- und Krankenunterstützung, sowie der Arbeitsnachweis befindet sich bei B. Pitzing, Alter Steinweg, Paradieshof 10, II. Die reisenden Mitglieder wollen dieses beachten.
J. A.: **Der Bevollmächtigte.**

Hochhausen. Die Zahlstelle Hochhausen ist aufgehoben und nach Neckarelz in Baden verlegt.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tabakarbeiter Deutschlands.

Geschäftslokal: **Hamburg-Uhlenhorst**, Mozartstraße 5, I.
Ausschuß: O. Sidow, Brandenburg a. H., Kurze Straße 3.
Schiedsgericht: L. Dechand, Berlin N., Ruheplatzstraße 24.

Eingegangen: Sterbekasse: Bremen 42.05 Mk., Ansbach 10.30 Mk., Eimsbüttel 100.— Mk., Verden 303.74 Mk., Halle a. S. 24.64 Mk., Schwiebus 12.— Mk.

Zuschüsse: Verden 301.74 Mk., Rülzheim 50.— Mk., Posen 50.— Mk., Braunschweig 100.— Mk., Südlengern 100.— Mk.

Kranken- und Sterbegeld: 61.55 Mk.

Hamburg, den 13. Juli 1908. **R. Otto.**

VII. Gau.

Sonntag, den 19. Juli 1908

Bezirksfest des VII. Gaues

bestehend in

Festzug, Festrede, Konzert, Tanz, Gesangs-Vorträgen, turnerischen Aufführungen, Preisschiessen, Maulaffenwerfen

im Schwarzen Walfisch in Gleiberg.

Die **Festrede** wird gehalten von **Frau Blum, Essen.**

Hierzu ladet sämtliche Kolleginnen und Kollegen freundlichst ein

Das Festkomitee.

J. H. Koopmann, Bremen

Fernsprecher 3946. **Neustadtswall 36.** Fernsprecher 3946.

Als Ersatz für den sehr hoch im Preise stehenden Brasil empfehle: **10000** Pfund **Java, Umblatt** und **Einlage,** großblattig und flott am Blatt brennend, feine Qualität, **85** Pfg. Ferner offeriere **12000** Pfund **Carmen,** schlicht **80** Pfg., prima **85** Pfg., doppelt prima **90** Pfg. **Sumatra-Decker,** zweite Vollblatt-Länge, ganz hell und reinfarbig, deckt mit 1½ Pfund, tadellos weiß brennend, **350** Pfg.; erste Vollblatt-Länge, wunderbare Farben und Brand, **400—500** Pfg. Ferner empfehle **Sumatra-Decker** von **140—400** Pfg. in allen Farben. **Sumatra-Umblatt** und **Einlage** (Sandblatt) **110** Pfg. **Vorstenland-Decker,** duffbraun **170** Pfg., hellfarbig **220, 250—300** Pfg. **Java-Decker 220—300** Pfg., **Umblatt 100, 110, 120, 130** Pfg., **Umblatt** und **Einlage,** feinste Qualität und flott am Blatt brennend, **95** und **100** Pfg. **Mexiko-Decker,** graubraun **300** Pfg., dunkel **220** Pfg. **Umblatt 150** Pfg. **St. Felix-Brasil-Decker,** garantiert schneeweißer Brand und größte Deckkraft, **170** und **180** Pfg., **Umblatt 120** Pfg. **Havanna,** edle Qualität, **300** Pfg. **Yara-Cuba 160, 220** Pfg. **Domingo 85, 90, 100** Pfg. **Portorico 90** Pfg. **Losgut** aus nur überseeischen Originaltabaken, meist Umblatt enthaltend, **85** Pfg.

Wickelformen { neu und gebraucht, in allen Fassons, von 50 bis 125 Pfg. — **Schiffchen-Abdrücke** versende gratis und franko.

Neue, schmiedeeiserne Formenpressen mit Flachgewinde inkl. Holzfuß und Preßbrett, **für 10—12 Formen,** pro Stück 6.50 Mk.
Gummi-Traganth, allerfeinste, helle Ware, pro Pfund **250** Pfg.
Zigarrenband, feinste, gelbe Halbseide, 8 lin., pro 50 Mtr.-Rolle **160** Pfg.

Preise per Pfund verzollt. **Versand nur unter Nachnahme.**

Bernhard R. Müller

Magdeburg, Fürstenwallstr. 9.

Aeltestes Rohtabakgeschäft der Provinz. — Gegründet 1886.

Sumatra- und **Java-Decken** 2.00, 2.25, 2.50 ℳ, **hell** 2.60, 2.80, 3.00, 3.20, 3.40, 3.60, 3.80, 4.00, 4.60 ℳ. — **Java** 0.92, 0.95, 0.98, 1.05, 1.10, 1.25, 1.35, 1.40, 1.46 ℳ. — **Domingo** und **Carmen** 0.98, 1.00, 1.05, 1.20, 1.30 ℳ. — **Mexiko** 2.50, 3.00, 3.50 ℳ. — **Havanna** 3.60 ℳ. — **Felix** 1.00, 1.10, 1.15, 1.20, 1.25, 1.30, 1.50 ℳ, **Decke** 1.80 ℳ. — **Losgut, blattig** und **gesund,** 0.90 ℳ. — **Uckermärker** 0.75, 0.78, 0.84, 0.88 ℳ — **Rebuts** 0.86, 0.88 ℳ (Umblatt). — **Holländer Umblatt** 0.88 ℳ

Diskont gewähre 5 Prozent. — Versand nur unter Nachnahme.

Bruno Eickhoff, Rohtabak, Bremen.

Preisliste! Preise verzollt per Pfund gegen Cassa. Preisliste!

Sumatra-Decker,	III" Vollbl.-Länge, hellbraun, Ia. Ia. Brand, Deli	170	Pfg.
do.	II" Vollbl.-Länge, hellbraun, Ia. Ia. Brand, Deli	180	„
do.	II" Vollbl.-Länge, hellbraun, Ia. Ia. Brand, Deli	210	„
do.	III" Vollbl.-Länge, hellbraun, Ia. Ia. Brand, edler Deli	220	„
do.	III" Vollbl.-Länge, hell, Ia. Ia. Brand, edler Deli	250	„
do.	I" Stückbl.-Länge, hell, Ia. Ia. Brand, edler Deli	280	„
do.	II" Vollbl.-Länge, hellfahl, Ia. Ia. Brand, hochfein	320	„
do.	II" Vollbl.-Länge, hellfahl, Ia. Ia. Brand, hochfein	350	„
do.	II" Vollbl.-Länge, hellfahl, Ia. Ia. Brand, hochfein	400-700	„

Sumatra-Umblatt, leicht und hochedel, **115-130** Pfg. **Vorstenland-Decker,** fahl, Ia. Ia. Brand, **220** Pfg., Ersatz für hellen Sumatra, Ia. Ia. Brand **260** bis **300** Pfg. **Java-Umblatt,** flott brennend, **120-140** Pfg. **Java-Einlage** mit Umblatt **80-100** Pfg. **Mexiko-Decker,** hochfeinster St. Andres, 4 Pfd. deckend, **450-500** Pfg. **Havanna-Decker,** hochfein, **450-600** Pfg. **Havanna-Umblatt** und **Einlage** 250 Pfg. **Seedleaf,** feinstes Umblatt, **90-120** Pfg. **St. Felix-Brasil-Einlage** 100-120 Pfg. **St. Felix-Brasil-Umblatt** 120-140 Pfg. **St. Felix-Brasil-Decker** 150-200 Pfg. **Domingo** FF 90-100 Pfg., F 85-95 Pfg. **Carmen,** reines Umblatt, **90-100** Pfg. **Losgut** nur aus gemischten originalen amerikanischen Tabaken 80-90 Pfg.

Preise verzollt per Pfund Cassa.

Ziel bei längerer Geschäftsverbindung oder nach Aufgabe guter Referenten nach Uebereinkunft. — Bei größeren Abschlüssen (Preise nach Wunsch verzollt oder unverzollt) stehe mit Spezial-Offerten zu Diensten! Zum Beispiel offeriere einen Posten Domingo F à 38 Pfg., FF à 43 Pfg. per Pfund unverzollt bei Abnahme größerer Posten. **Proben nur gegen Nachnahme! Umtausch garantiert!**

Bruno Eickhoff, Rohtabak, Bremen.

Java-Umblatt und Einlage

in blattiger, schöner Ware, feinste helle und mittelfarbige **Sumatra-Decker, Carmen-** und **Domingo-Umblatt,** wie bestes, **loses Gut,** aus nur gesunden, überseeischen Tabaken zusammengestellt, offeriert billigst

Heinr. Carl Rese jr., Bremen.

Achtung! Zigarrenfabrikation!

Zur Herstellung einer guten 5 Pfg.-Zigarre empfehlen wir folgende Tabake:

3 Pfd.	**Sumatra-Decke,** 2. L. Stückblatt	per Pfd.	1.50 =	**4.50** ℳ
4 „	**Java-Umblatt,** 4. L. Vollblatt	„ „	1.20 =	**4.80** „
5 „	**Losgut,** Aufarbeiter, rein überseeisch	„ „	0.90 =	**4.50** „
2 „	**Geschn. Java** und **Brasil**	„ „	1.00 =	**2.00** „
2 „	**Havanna-Grus,** sand- u. staubfrei	„ „	1.00 =	**2.00** „
16 Pfd.			Zusammen	**17.80** ℳ

Hengfoss & Maak

Altona-Ottensen, Bismarckstrasse 28/32

Filiale: Berlin N., Brunnenstrasse 190.

!Roh-Tabake!

und **sämtliche Utensilien zur Zigarrenfabrikation** kauft man am **besten** und **billigsten** bei

L. Cohn & Co., Berlin N. 54

Brunnenstrasse 24

Deutschlands größtes Fabrik-Handelsgeschäft der Rohtabak- und Utensilien-Branche.

Größtes Zigarrenwickelformenlager Deutschlands.

Jede Fasson stets am Lager.

Soeben erschien unsere neueste Preisliste **Nr. 23.** Zusendung kostenlos sofort.

Vertreter für Ratibor und Umgegend: Gustav Burmeister, Ratibor, woselbst sich ein größeres **Wickelformenlager** (Wickelformenpressen, Band, Etiketten sowie sämtl. Utensilien, die z. Zigarrenfabrikation nötig sind), befinde.

Brinkmeier & Co., Bremen.

En gros Roh-Tabak En detail.

Offerieren in bekannter Preiswürdigkeit:

Sumatra à 180, 200, 220, 240, 250, 300, 365, 500 Pfg. — **Java** à 85, 95, 110, 125, 185, 265 Pfg. — **Brasil** à 120, 125, 130, 170, 200 Pfg. — **Carmen** à 90, 95, 100, 110 Pfg. — **Domingo** à 95, 100, 110 Pfg. — **Mexiko** à 160, 250, 400 Pfg. — **Havanna** à 275 Pfg. — **Losgut** à 80, 85 Pfg.

Preise verzollt. **Versand unter Nachnahme.**

Männerkrank-

heiten u. Nervenschwäche von Spezialarzt Dr. med. Rumler. **Preisgekröntes** Werk. Wirklich brauchbarer, äusserst lehrreicher Ratgeber u. bester Wegweiser zur Verhütung und Heilung von **Gehirn- und Rückenmarks-Erschöpfung, Geschlechtsnerven-Zerrüttung, Folgen nervenruinierender Leidenschaften** und **Exzesse** und **alle sonstigen geheimen Leiden.** Nach **fachmännischen** Urteilen von **geradezu unschätzbarem, gesundheitl. Nutzen.** Für 1.60 Mk. Briefm. franko v. **Dr. med. Rumler Nchf., Genf 882** (Schweiz).

Vielen Kranken ein grosser Segen!

F. K., not. cand., in Stuttgart schreibt: So lange ich denken kann, war ich nur ein halber Mensch. Ich bin stets müde und abgespannt gewesen, hatte, obgleich ich blutarm war, immer Nasenbluten und sah aus wie der Tod. Ich nahm alle möglichen blutbildenden Mittel ein, aber von einer Besserung war keine Spur. Mit der Zeit wurde ich melancholisch. Ein Freund von mir bestellte für mich 30 Flaschen Lamscheider Stahlbrunnen; schon nach der 5. Flasche bemerkte ich eine wesentliche Besserung. Ich wurde frischer, lebhafter. Nachdem ich alle Flaschen verbraucht hatte, war ich ein anderer Mensch. Wenn ich mich abends um 10 Uhr zu Bette legte, war ich nicht so müde als früher, wenn ich morgens aufwachte.

Fr. D. in Klausthal: Mit großer Freude teile ich Ihnen mit, daß mich Ihr Lamscheider Stahlbrunnen von meinem mich seit langen Jahren quälenden Nervenleiden befreit hat. Alles ging ohne Berufsstörung; meine Gesundheit hat sich nicht nur gebessert, sondern ich bin jetzt vollständig hergestellt.

Geheimrat Prof. Dr. med. L.: Deutschland besitzt in dieser Eisenquelle einen Heilschatz ersten Ranges, der es verdient, der leidenden Menschheit dauernd zugängig gemacht zu werden.

Warm empfohlen bei Blutarmut, Bleichsucht, versch. Arten von Frauenkrankheiten, Magen- und Darmleiden, Nervenkrankheiten, blutarmen Zuständen, bei denen eine Vermehrung der Blutmenge und Verbesserung der Blutbeschaffenheit notwendig ist, z. B. nach großen Blutverlusten infolge schwerer Operationen, Wochenbetten usw., nach überstandenen erschöpfenden Infektionskrankheiten, wie Influenza usw. — Broschüren kostenlos durch: Lamscheider Stahlbrunnen in Düsseldorf W. 77.

Carl Roland, Berlin SO.

Kottbuser Straße 4.

Gegründet 1871. Gegründet 1871.

Nr. 769, Decke zum Verkehrtrollen, 1.50 Mk. **Vorstenlanden,** hellbraun, 1. Länge, 2.60 Mk. **Sumatra-Tabake** von 2 bis 5 Mk. Alle anderen Tabake billigst. **Nur streng reelle Bedienung.**

W. Hermann Müller
Berlin, Magazinstrasse 14.
Nr. 5027
Märker, lose Blätter
leicht, wollig, Pfund 73 Pfg.
Nr. 6049
Mexiko-Einlage
leicht, würzig
Pfund **1.25** Mk. verzollt.

Sumatra hellblattig 2. Länge **1.80 Mk.**

Java Umblatt 1.20 Mk., leicht Einlage 0.90 Mk., blatt., leicht.

G. Lücke, Vertreter: **C. Roske**

Berlin N., Brunnenstrasse 179.

Geräte für die Fabrikation

als:

Wickelformen, Formenpressen Kistenpressen
Arbeitstische, Schemel, Sortierkisten, Sitzkästen für Wickelmacher Bündelpressen 2c.

Rollbretter, Ia.-Ware.
rotbuchen 1.50 ℳ, weißbuchen 2 ℳ
unverwüstlich!

Echt amerik. Kopfholz-Bretter mit Eisenbolzen
= Unerreicht in Haltbarkeit!! =
per Stück 5.50 ℳ, 10 Stück 53 ℳ

Arbeitsmesser, prima Stahl
per Stück 25 ₰, 10 Stück 2 ℳ

Hamburg. Arbeitsmesser
zu gleichen Preisen.

Trockenöfen zu 2 Mille 40 ℳ
zu 3 Mille 55 ℳ

P. S. Sämtliche Geräte sind nur aus bestem Material hergestellt, worauf ich ganz besonders aufmerksam mache.

W. Hermann Müller, Berlin

Magazinstrasse 14.

Schöne alte Kinderreime.
Preis 15 Pfg. Volksbuchhandlung, Leipzig.

Heinrich Franck

Berlin N., Brunnenstrasse 185.

Gegründet 1879.

Billige St. Felix-Brasil

feine leichte Qualität, flotter Brand
Nr. 1409 **125** Pfg. verzollt Nr. 1410 **130** Pfg. verzollt
Große breitblattige gedockte Tabake!

Sämtl. Utensilien, gebr. Formen. Illustr. Katalog gratis u. franko.

Roh-Tabak.

Sumatra-Decke, hell, 200, 280, 300, 325, 350, 375, 425, 500, 550, 600, **fahl, mittel** 225, 275, 300, 350, 425 ₰.
Java-Sumatra-Decke 215, 230 ₰.
Vorstenland-Decke 225, 250, 275 ₰.
Java 85, 90, 95, 105, 120, 130, 135, 140 ₰.
Brasil 105 Erf., 125, 130, 135, 150, 200 ₰.
Carmen, Domingo 95, 100, 110, 120, 130 ₰.
Mexiko-Decke ff. 450 ₰.
Pa. Losgut 85 ₰ netto.
Fabrikabfall, grob, 75 ₰.

Entrippte, rein überseeische hochfeine Einlage 120 ₰ netto

Inländische Tabake 75, 85 ₰.

Preise per Kasse mit 3 Proz. Rabatt. Versand unter Nachnahme.

Bedarfs-Artikel

Wickelformen, neue, zu Originalpreisen, gebrauchte, viele Fassons am Lager.
Pressen zu 10 Formen nur 8, 10 u. 16 ℳ, mit Rad 19 ℳ, ganz Eisen 26 ℳ.
Presskasten zu 1000 Zigarren nur 5.75 ℳ.
Rollbretter 175, 200 ₰, Hirnholz 300, 350 ₰.
Bündelböcke, verstellb., nur 1.25 u. 2.25 ℳ.
Arbeitsmesser 20 u. 30 ₰, 35 ₰ Hamburger.
Lack 30 ₰, 8 Stangen.
Papier, blau, 40 Bogen pro Pfund, 20 ₰.
Band 50 Meter von 70 ₰ an.
Ringe ff. nur 20, 25 ₰, mit Porträt 45 ₰.
Etiketten von 40 ₰ pro 100 Stück an.
Gummi Traganth nur 175, 225, 250 ₰ pr. Pfd.

Gebrauchte Arbeitstische, Pressen, Rahmen, Schragen, Siebe etc. stets am Lager.

Preise per Kasse ohne Abzug.

S. Hammerstein Filiale

Vertreter: Gustav Boy

Berlin N., Brunnenstr. 183.

Kindersegen und — kein Ende?

Ein Wort an denkende Arbeiter.

Von **Brupbacher,** prakt. Arzt.

Geg. Einsendung v. **35** Pfg. zu beziehen durch **die Expedition des Tabak-Arbeiter, Leipzig, Tauchaer Strasse 19/21.**

Gerstäckers Reise-Romane

Größte Auswahl.

Prachtbände **1.50** Mk., Porto 30 Pfg.

Zu beziehen durch die **Expedition des Tabak-Arbeiter, Leipzig, Tauchaer Str.**

Wiesbadener Volksbücher

Pro Bändchen **10** bis **45** Pfg.

Verzeichnisse umsonst und portofrei.

Zu beziehen durch die **Expedition des Tabak-Arbeiter, Leipzig, Tauchaer Str.**

Meinen Freunden und Kollegen **Rob. Frickmann** zu seinem 37. Wiegenfest und **Wilhelm Thews** zu seinem 30. Wiegenfest die herzlichste Gratulation und ein dreimal donnerndes Hoch den guten Brüdern. **Adolf Spiegel.**

Ein donnerndes Hoch!

unserer Kollegin **Emilie Kathe** zu ihrem 50. Wiegenfest!

Deine drei Tisch- und Kaffeefreunde.

Achtung!

Emil Helleberg aus **Meschede,** wo steckst Du? Um Deine Adresse bittet **Emil Seidel,** Zigarrenfabrik, Neu-Welzow N.-L.

Unserem Kollegen **Anton Heckenbach** zu seinem am 14. Juli stattgefundenen **64.** Geburtstag die besten Glückwünsche.

Die Kollegen und Kolleginnen der Zahlstelle Karlsruhe.

Todes-Anzeigen.

Am 5. Juli verschied nach langem Leiden unser treues Mitglied **Albrecht Ohle** im Alter von 26 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm

Die Mitglieder der Zahlstelle Rahden.

Am 11. Juli verstarb nach kurzem, schwerem Leiden unser langjähriges Mitglied **Josephine Willum** aus **Rintheim.**

Ein ehrendes Andenken bewahren ihr

Die Kollegen der Zahlstelle Karlsruhe.

Am 11 Juli verstarb nach kurzem Krankenlager unser langjähriges Mitglied **Hermann Ilske** im Alter von 62 Jahren.

Ein ehrendes Andenken werden dem Verstorbenen bewahren

Die Kollegen der Zahlstelle Bielefeld.

Briefkasten.

A. Sp., Hirschberg 60 Pfg. — E. S., Neuwelzow 60 Pfg. — Koll., Karlsruhe 70, 60, 70, 60 = 2.60 Mk.

Verantwortlicher Redakteur: F. Geyer, Leipzig, Südstraße 59. — Druck und Verlag: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Beilage zum Tabak-Arbeiter.

Nr. 29. Sonntag, den 19. Juli 1908

Der 5. Genossenschaftstag in Eisenach.

Der diesjährige Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine fand unter starker Beteiligung (zirka 600 Delegierte) vom 22. Juni und den folgenden Tagen in Eisenach statt. Die Eröffnung gestaltet sich stets zu einer gewaltigen Kundgebung, indem die genossenschaftlichen Vertreter des Auslands ein umfassendes Bild der Genossenschaftsbewegung der Welt darstellen. Imposant wirken die Verhältnisse dieser Bewegung in England. In letzterem Lande beherrscht das Genossenschaftswesen schon einen ganz erheblichen Teil der Volkswirtschaft überhaupt.

Auch alle übrigen Länder zeigen, daß es rüstig vorwärts geht.

In England, Schweden, Dänemark, Holland u. s. f. lagen und liegen die Verhältnisse zur Entwicklung der Bewegung freilich günstiger als bei uns. Dort sind Staatsregierung und Behörden Freunde der Bewegung und fördern diese. In Deutschland ist dies leider nicht der Fall; hier macht man es umgekehrt und versucht die Genossenschaften, besonders die Arbeiterkonsumvereine, in ihrer freien Entwicklung zu hemmen. Aus obigen Gründen ist es erklärlich, daß unter den ausländischen Vertretern der Genossenschaften sich Staatsminister befinden, welche auch den diesjährigen Genossenschaftstag besuchten.

Bei uns beliebt man höchstens, den Genossenschaften in offizieller Begrüßung eine platonische Liebe zu bekunden, in der Praxis bleibt jedoch alles beim alten konservativen Standpunkt.

Die „Liebe" zum sogenannten „Mittelstand" und die Beschwörung der Genossenschaften, nur beileibe nicht den Mittelstand zu bekämpfen, war denn auch diesmal das Fazit der offiziellen Reden der Vertreter deutscher Behörden. Die Herren sollten sich doch darüber klar sein, daß eine Genossenschaft, ob sie will oder nicht, einen Vermittlungsfaktor, der vorher bestand, ausscheiden muß.

Wenn eine Genossenschaft gegründet wird, so entsteht ihr naturgemäß der Feind in den Krämern und kleinen Händlern, die zu verbohrt und zu blind sind, um ihren wirklichen Feind, den Kapitalismus, zu bekämpfen. Sie sehen nur die Selbsthilfe der schwachen Arbeiter als ihren „Vernichter" an und bekämpfen lediglich diesen. Deshalb versucht man auch den Gründungen der Arbeiter alle möglichen Schwierigkeiten in den Weg zu legen.

Der Bruder Arbeiter soll eben das ewige Lasttier sein, er soll sich nicht befreien, soll nicht vorwärts kommen im Leben. Gründen die Arbeiter eine neue Genossenschaft, dann sind es natürlich „sozialdemokratische Konsumvereine". Was den Gegnern überhaupt nicht in ihren Plan, das arbeitende Volk ungestört und regelrecht ausplündern zu können, paßt, ist eben „sozialdemokratisch umstürzlerisch". Den Beweis dafür bleiben die Gegner, wie immer, schuldig und können ihn auch nicht erbringen.

Der diesjährige Genossenschaftstag hat, geleitet von den angeführten Gründen, eine große Resolution angenommen, worin gegen die Behauptung der Gegner, die Konsumvereine seien sozialdemokratisch, Protest erhoben wird.

Ob die Resolution viel helfen wird? Wir glauben kaum. Ein Redner bemerkte, daß man nun endlich einmal mit der fortgesetzten Beteuerung der Neutralität Schluß machen solle. Der Mann hat recht! Die Gegner, welche nun einmal in den Genossenschaften ihren Feind erblicken, reden ihr Blech weiter und lassen sich durch Resolutionen auch nicht abhalten.

Aber im Kampfe liegt das Leben, dies gilt auch für die Genossenschaft. Wenn auch sonst immer betont wurde, die Genossenschaft sei der Friede, so muß man sich doch hüten, den Frieden um jeden Preis zu wollen. Mag auch die Genossenschaft in ihrem inneren Wirken der Friede sein, nach außen hin muß sie gewappnet sein und den Feind gleichfalls bekämpfen, der sie bedroht und bedrückt.

Die Hauptsache ist, daß trotz alledem die Entwicklung der Genossenschaften immer aufwärts geht, die Bewegung groß und stark wird.

Die Bewegung in Deutschland schließt sich schon heute dem Auslande würdig an. Die Warenumsätze der Vereine und der Großeinkaufsgenossenschaft steigern sich jährlich zu Millionen.

In den letzten Jahren ist die Zahl der in Genossenschaften vereinigten Mitglieder von 3 208 324 auf 4 105 594 gestiegen. Rechnet man die Familienmitglieder hinzu, so kommt eine Mitgliedschaft und Konsumenten von über acht Millionen heraus.

Das ist eine stattliche Zahl, die zu den schönsten Hoffnungen einer gesunden Weiterentwicklung berechtigt. Dem Zentralverband deutscher Konsumvereine waren im Jahre 1902 508 und im Jahre 1907 939 Vereine angeschlossen.

Dies sind 77,7 Prozent aller in Deutschland vorhandenen Vereine. Die äußere und innere Entwicklung ist gleichfalls erheblich gestärkt, wie aus dem umfangreichen Buch: Der Zentralverband deutscher Konsumvereine im Jahre 1907", zu ersehen ist. Dasselbe ist vom Sekretariat des Verbands, Herrn H. Kaufmann in Hamburg, herausgegeben, und kann Bibliotheken, Gewerkschaftskartellen und jedem, der sich für die Bewegung interessiert, nur empfohlen werden. Es enthält eine Fülle von wissenswerten Abhandlungen und Material.

Auf dem Genossenschaftstag nahm der Punkt: „Bericht über die Tätigkeit des Tarifamts", selbstverständlich das Interesse der anwesenden Gewerkschaftsvertreter am meisten in Anspruch.

Es ist dies überhaupt der einzige Punkt der Tagesordnung, wo die Vertreter der Gewerkschaften Gelegenheit nehmen können, die Ansichten und Wünsche der an der Bewegung interessierten Gewerkschaften darzulegen. Eine Reihe Gewerkschaften sind ja direkt an den Lohn- und Arbeitsverhältnissen ihrer Mitglieder in den genossenschaftlichen Betrieben interessiert.

Für uns Tabakarbeiter kommen zurzeit Tarifverträge weniger in Betracht, sondern es handelt sich vorwiegend darum, die Konsumenten noch mehr als bisher zur Kontrolle der Zigarren und Tabakfabrikate zu drängen. Sie sollen uns helfen im Kampfe gegen die schrankenlose Ausbeutung und den unerhörten Lohndruck in unserm Beruf. Und je mehr wir uns mit dem Genossenschaftswesen beschäftigen, um so klarer tritt es hervor, daß hier ein gewaltiger Faktor zur Mithilfe in unserm wirtschaftlichen Ringen vorhanden ist. Auch andre Erscheinungen im Genossenschaftswesen selbst bedingen unsre Beteiligung als Gewerkschaft. Gibt es doch schon Privatunternehmer, die in schlauer Weise den Deckmantel der Genossenschaft benützen, um bei Konsumvereinen bessere Geschäfte zu machen und dabei die traurigsten Lohn- und Arbeitsverhältnisse in ihren Betrieben haben. So waren wir gezwungen, einen uns von der Gauleitung mitgeteilten Fall auf dem Genossenschaftstag öffentlich zu behandeln. Die Firma E. Schulze in Oranienbaum, G. m. b. H., ist der Großeinkaufsgesellschaft angeschlossen. Diese Firma beschäftigt nur Heimarbeiter und zahlt jammervolle Löhne. Der Lohn für die dort angefertigten Zigarren müßte um mindestens 3—6 Mk. pro Mille höher sein (ortsüblich gerechnet), als er bei den verschiedenen Fassons in Wirklichkeit ist. Hier haben wir es mit einem Einschleicher zu tun. Die Institutionen der Arbeiter werden benützt, um bessere Geschäfte zu machen.

Das entsetzliche System der Heimarbeit macht es notwendig, den Kampf gegen derartige Zustände bis aufs äußerste zu führen. Derartige Unternehmer sind erst recht imstande, die Heimarbeit abzuschaffen, zumal sie in den Konsumvereinen eine zahlungssichere Kundschaft besitzen.

Es steht nun zu hoffen, daß die Großeinkaufsgesellschaft und die Konsumvereine über derartige Firmen eine bessere Kontrolle üben und mithelfen, die Heimarbeit und die schlechte Bezahlung der Fabrikate zu bekämpfen. Bei den Konsumvereinen, welche ebenso wie die Gewerkschaften das Volk von wirtschaftlicher Bedrückung befreien wollen, muß in erster Linie Grundsatz sein: Es wird kein Unternehmer unterstützt, der Heimarbeiter beschäftigt.

Ueber die abgeschlossenen Tarifverträge und die diesbezüglichen Bestrebungen referierte der Vorsitzende des Tarifamts, Kollege v. Elm. Aus den Ausführungen ist zu bemerken, daß eine tarifliche Regelung mit dem Handlungsgehilfenverband und dem Verband der Lagerhalter noch nicht erreicht ist. Es steht zu hoffen, daß die eingehenden Grundlagen bis zum nächsten Genossenschaftstag gefunden werden. Der Referent wandte sich dann in längeren Ausführungen gegen die anläßlich seiner Rede in Düsseldorf und der bekannten Resolution in Versammlungen und in der Arbeiterpresse geübten Kritik. Um das „große Mißverständnis" zu beseitigen, empfahlen Vorstand und Ausschuß nachstehende Resolution, die zur Annahme gelangte

Der 5. ordentliche Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine am 22. bis 24. Juni 1908 in Eisenach erklärt, daß der Beschluß des Düsseldorfer Genossenschaftstages, wonach genossenschaftliche Lohn- und Arbeitstarife nicht auf solchen Prinzipien aufgebaut werden können, deren Durchführung bei den konkurrierenden Privatbetrieben noch in weiter Ferne liegt, nicht dahin aufzufassen ist, daß nunmehr den Forderungen der Gewerkschaften die Anerkennung seitens der Genossenschaften versagt werden soll, solange sie nicht in dem größten Teil der Privatbetriebe zur Durchführung gelangt sind.

Der Genossenschaftstag steht nach wie vor auf dem Standpunkte, daß es die Pflicht der Genossenschaften ist, soweit es in ihren Kräften steht, in bezug auf die Ausgestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse ihrer Angestellten und Arbeiter vorbildlich zu sein.

Der Zentralverband ist bereit, bezüglich des Abschlusses allgemeiner Lohn- und Arbeitstarife mit den Gewerkschaften und Berufsorganisationen der beteiligten Angestellten und Arbeiter in Verhandlungen zu treten.

Erweist sich der Abschluß eines Gesamttarifs für eine Branche der genossenschaftlichen Angestellten oder Arbeiter als verfrüht oder unmöglich, so steht dem Abschluß solcher Verträge an einzelnen Orten oder in einzelnen Bezirken nichts im Wege, wenn die bezüglichen örtlichen Tarifforderungen an die Genossenschaften nicht wesentlich über das hinausgehen, was an den betreffenden Orten in der Branche seitens der Gewerkschaften durchgeführt werden kann. **Aus der etwaigen Ablehnung weitergehender Forderungen kann den Konsumvereinsverwaltungen kein Vorwurf gemacht werden.**

Diese Resolution ist, wie v. Elm betonte, mit der Generalkommission der Gewerkschaften vereinbart worden. Der Schlußsatz dieser Resolution (Aus der etwaigen Ablehnung u. s. f.) ist, wie nachträglich bekannt wird, jedoch nicht mit der Generalkommission vereinbart, sondern vom Vorstand und Ausschuß des Zentralverbands deutscher Konsumvereine angehängt worden.

Der Gewerkschaftskongreß in Hamburg hat sich denn auch mit Recht geweigert, diese Resolution zur Annahme zu empfehlen. Dieser letzte Absatz kann von den Gewerkschaften nicht angenommen werden; er ist durchaus verfehlt.

Nehmen wir ein Beispiel für unsern Beruf. Eine Genossenschaft würde in einem in bezug auf die Lohnhöhe sehr rückständigen Orte eine Filiale errichten. Der von dortigen Unternehmern gezahlte Minimallohn würde 5 bis 5.50 Mk. betragen (leider existieren ja noch solche erbärmliche Löhne), so dürfte der Genossenschaft darüber kein Vorwurf gemacht werden, wenn sie nun 7 bis 7.50 Mk. zahlte? Dabei sagen wir doch fortgesetzt und mit Recht, daß ein Lohn von 8 und 9 Mk. das wenigste ist, was gezahlt werden muß.

So, wie es die Resolution will, geht es also nicht. Man sollte uns doch mit diesen Resolutionen verschonen, die nur verwirrend und verstimmend wirken und für alle Teile nicht förderlich sind, wie es schon bei der Düsseldorfer Resolution war.

Abgesehen von dem Zwischenspiel der Resolutionen, hat der Genossenschaftstag wiederum ein gutes Stück Vorarbeit geleistet, um weitere Mittel und Wege zur Fortentwicklung der Genossenschaftsbewegung zu schaffen.

Bedeutsam sind die Beschlüsse über Angliederung einer Bankabteilung an die Großeinkaufsgesellschaft, ferner die Abschlüsse und Uebernahme der Versicherung der Vereine durch den Verband. Zu erwähnen ist noch, daß der Genossenschaftstag einen scharfen Protest erhoben hat gegen die zunehmende Belastung der Konsumvereine durch Steuern aller Art.

Wie schon oben erwähnt, tritt die Genossenschaftsbewegung immer gewaltiger in den Vordergrund des wirtschaftlichen Leben und Weben. Undll in dieser Bewegung kann, neben dem Hauptzweck, die Stellung der Konsumenten unabhängiger und vorteilhafter zu gestalten, viel getan werden zur Hebung und Förderung der Arbeiterklasse und deren gewerkschaftlichen Bestrebungen. Die Konsumvereine können auch für uns Tabakarbeiter viel, sehr viel tun; durch bessere Kontrolle der Fabrikate, Ausschluß aller in Heimarbeit hergestellten Zigarren und durch Ausübung ihrer wirtschaftlichen Machtstellung, kurzum durch ihre Mitbetätigung zur Erhöhung des Arbeitslohnes.

Wir Tabakarbeiter müssen diese, wie alle anderen Mittel und Wege benützen, um in unserm wirtschaftlichen Ringen mehr Stützpunkte zu erhalten und besser vorwärts zu kommen. Deshalb gilt es, mehr Einfluß auf diese Mittel zu gewinnen und der Parole: Eintritt aller Kollegen und Kolleginnen in die Konsumgenossenschaften, Folge zu leisten. Wenn diese Pflicht allerorts erfüllt wird, und wir uns immerfort betätigen, dann müssen wir auch vorwärts kommen, und es muß unsere gesamte Tätigkeit noch besser wirken zum Wohle unserer Organisation und der gesamten Tabakarbeiterschaft.

Gewerkschaftliches.

Mitglieder, die in einem andern Orte in Arbeit zu treten gedenken, haben sich vorher an den zuständigen Bevollmächtigten zu wenden, ehe sie die Arbeit annehmen.

Neumünster. Der Streik dauert unverändert fort. Vor Zuzug wird gewarnt.

Löwensen bei Pyrmont. Der Abwehrstreik bei der Firma Wolrad, Müssel u. Söhne dauert fort. Zuzug ist fernzuhalten.

Oranienbaum. Der Streik bei der Firma Ed. Döring dauert fort. Zuzug ist fernzuhalten.

Pirna. Der Streik bei der Firma Hebenstreit u. Ermisch dauert fort, da die Firma sich weigert, jene Löhne zu zahlen, wie sie in den übrigen Betrieben maßgebend sind. Vor Zuzug wird gewarnt.

Holdenstedt bei Uelzen. Die bei den Firmen Schöndube und Hillmann beschäftigten Kollegen traten in eine Lohnbewegung und forderten aufgesetztes Deckblatt und 50 Pfg. pro Mille Lohnzulage. Die Forderung wurde bewilligt. Die Firma Hillmann kündigte darauf aber einem verheirateten Kollegen, der als gemaßregelt zu betrachten ist. Ueber die Firma Hillmann ist deshalb die Sperre verhängt. Tabakarbeiter, meidet diesen Betrieb.

Roßlau a. E. Die Lohnverhältnisse in Roßlau, insbesondere die bei der Firma Gust. Irmer, sind noch nicht geregelt. Die Sperre bleibt deshalb bestehen. Kein Kollege darf in Roßlau in Arbeit treten.

Noch nicht erledigt sind die Differenzen in Goch und Driesen bei der Firma Lindemann. Vor Zuzug wird deshalb gewarnt.

Neumarkt. Die über die Firma F. Birke verhängte Sperre ist aufgehoben.

Frankfurt a. M. Da der zwei Jahre bestehende Tarif der Zigarettenfabrik Louis Lypstadt u. Co., Frankfurt a. M. Niddastraße 45, gekündigt worden ist, bitten wir alle Zigarettenarbeiter auf das dringendste, Frankfurt a. M. zu meiden.

Ansbach. Bei der Firma Eichhorn u. Söhne sind Lohndifferenzen ausgebrochen. Da die von seiten der Gauleitung des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes mit den Fabrikanten geführte Verhandlung zu keinem befriedigenden Resultat führte, legten die Arbeiter ihre Arbeit nieder. In Frage kommen etwa 60 Arbeiter und Arbeiterinnen. Zuzug nach Ansbach ist fernzuhalten.

Kopenhagen. Die Kopenhagener Kollegen sandten uns folgende Zeilen mit der Bitte um Aufnahme, einem Wunsche, dem wir gern nachkommen im Interesse der Solidarität:

„Bei der Firma Hirschsprung u. Sönner, der größten Fabrik Kopenhagens, sind in der letzten Zeit Mißstände zutage getreten, welche nicht unbesprochen bleiben dürfen, **um so mehr, als unsre deutschen Kollegen davon betroffen werden.** Seitens der Firma wird in deutschen Zeitungen, besonders im Hamburger Echo mit Erfolg nach Zigarrenarbeitern annonciert. Würden die deutschen Kollegen wissen, daß sie nur eingestellt werden, um arbeitende, mißliebige Kollegen zu verdrängen, so würden sie sich sicherlich hüten, Helfershelfer des Fabrikanten zu spielen. Es ist notorisch, daß einzelne Säle mehr Taubenschlägen als Arbeitsplätzen gleichen, indem festgestellt ist, daß sich dort niemand länger als zwei Monate halten kann. Jedenfalls mögen die deutschen Kollegen gewarnt sein, so ohne weiteres nach Kopenhagen zu kommen. Recht ernstlich wird von allen Kollegen der Mißstand des „verdeckten Gewichts" gerügt. Leider ist es bisher noch nicht gelungen, diesen Uebelstand abzuschaffen. Solange sich die Verhältnisse nicht gebessert haben, möchten wir die deutschen Kollegen bitten, Kopenhagen und besonders die Firma Hirschsprung u. Sönner nicht als Eldorado zu betrachten."

Die Hamburger Scharfmacher abgefallen. In der Klagesache des Hamburger Hafenbetriebsvereins gegen den Hafenarbeiterverband erkannte das hanseatische Oberlandesgericht unter Aufhebung der Urteile des Landgerichts und der einstweiligen Verfügungen, wonach dem beklagten Verbande unter Strafandrohung untersagt worden war, **den Zuzug von Hafenarbeitern nach Hamburg zu stören oder die von dem Kläger angenommenen Kontraktarbeiter als Streikbrecher zu bezeichnen,** durch ein gestern ergangenes Urteil auf Abweisung der Klage, also **zugunsten des Hafenarbeiterverbands.** Die Kosten der Be-

rufungsinstanz und die durch das Verfahren betreffend die einstweilige Verfügung der ersten Instanz entstandenen Kosten fallen dem Kläger zur Last

Nette Arbeitervereine. Der Bund evangelischer Arbeitervereine Bayerns hielt jüngst in Nürnberg eine Versammlung ab. Bei dieser Gelegenheit erfuhr man auch einiges über die Zusammensetzung dieser „Arbeitervereine". Dem Bunde gehören gegenwärtig 74 Vereine mit 13 905 Mitgliedern an. Von diesen sind 3724 Arbeiter, 3164 Handwerksmeister, 1186 Beamte, Geistliche, Lehrer, 1315 Bedienstete, 874 selbständige Kaufleute, 668 Handlungsgehilfen und Privatbeamte, 550 Landwirte, 469 Industrielle, 348 Werkmeister. Auf 100 Mitglieder kommen 24,4 Arbeiter! Wie diese Vereine, die zu drei Vierteilen aus Unternehmern, Beamten, Bauern usw. bestehen, dazu kommen, sich als Arbeitervereine zu bezeichnen, ist ein Rätsel.

Um gut Wetter bitten wieder einmal die christlichen Gewerkschaften. In ihrem Jahresbericht betteln sie die Unternehmer wie folgt an:

Dadurch, daß die sozialdemokratische Wirtschaftstheorie von den christlichen Gewerkschaften verworfen und für falsch gehalten wird, ergibt sich von selbst, daß ihre Stellung zum Unternehmertum häufig eine andre sein wird als die der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung. Auch für die Bedürfnisse und die Lage der Industrie im allgemeinen haben die christlichen Aubeiter volles Verständnis. An der Erhaltung der Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie auf dem Auslandsmarkt sind auch die Arbeiter aufs höchste interessiert.

Und weiter versichern sie:

Der Streik werde auf die Dauer nicht mehr zu den regelrechten Kampfmitteln, sondern zu den anormalen gewerkschaftlichen Kampfmitteln gerechnet werden können.

Statt der erwarteten Gegenliebe kriegen sie aber von der Kreuzzeitung folgenden Fußtritt:

Daß die christlichen Gewerkschaften in den letzten Jahren allzu häufig auf der Seite der sozialdemokratischen Gewerkschaften gestanden und bei den Arbeitgebern vielfach die Ueberzeugung geweckt haben, daß es ihnen mit dem Bekenntnisse zu einer „christlichen", d. h. einer sittlichen, vor allem einer gerechten Berufsauffassung nicht allzu ernst sei, braucht nicht gesagt zu werden. Die einseitige Organisation der Arbeiter zu dem einzigen Zwecke, für sich günstigere Bedingungen zu erkämpfen, führt mit Notwendigkeit auf beiden Seiten zu einer egoistischen Auffassung des Verhältnisses von Rechten und Pflichten, und es wäre sehr erfreulich, wenn das in dem Jahresberichte konstatierte bessere Einvernehmen immer mehr in die Tat umgesetzt würde.

Das ist zwar bitter, aber man kann sich der Erkenntnis nicht verschließen, daß dies gegenüber der zur Schau getragenen Demut der Christlichen die angemessene Antwort ist.

Berichte.

Cottbus. Am 5. Juli fand bei R. Keil eine gut besuchte Mitgliederversammlung mit folgender Tagesordnung statt: Nochmalige Prüfung der nicht aufgeklärten Maßregelung des Kollegen L. Paasch. C. Rosenthal legte der Versammlung dar, daß es sich nicht um die Summe handelt, welche Paasch erhalten würde, sondern lediglich darum, ob die Forderung des Kollegen Paasch zu Recht oder Unrecht besteht. Er ermahnte die Mitglieder, alles Persönliche beiseite zu lassen, ihre Herzen zu keiner Mördergrube zu machen und nach wahrer Ueberzeugung ihr Urteil zu fällen. An der Debatte beteiligten sich mehrere Kollegen, welche sich für und gegen die Maßregelung aussprachen. Die Versammlung kam zu der Ueberzeugung, trotzdem Kollege Paasch schon an mehreren Orten über seine Maßregelung sehr bedenkliche Aeußerungen getan hat, und hier in Cottbus über seine letzte Entlassung bei der Firma Bemmann nicht wahrheitsgetreu der Mitgliederversammlung vom 2. Juni 1908 berichtet hat, daß doch wohl eine Schiebung seitens der Unternehmerversammlung vom 24. Mai 1908 Herrn Bemmann zur Entlassung veranlaßt haben könnte, was freilich leider nicht aufgeklärt werden kann. Die Versammlung hielt mit 2 Stimmen Mehrheit bei 2 ungültigen Stimmen ihren Beschluß vom 2. Juni 1908 aufrecht, daß Kollege Paasch als gemaßregelt anzusehen ist. Bei Frau Paasch nahm die Versammlung einstimmig an, daß keine Maßregelung vorliege, da sie sich in keiner Weise betätigt habe. Die Entziehung der Unterstützung seitens der Verwaltung wurde einstimmig gebilligt, da Kollege Paasch die ihm angebotene gute Arbeit nicht angenommen hatte. Hierauf erhielt Kollege Rosenthal das Schlußwort. Er forderte die Versammlung zu einmütigem Zusammenhalten auf, da es die Reichsregierung wieder wagt, die schon erbärmlichen Verhältnisse der Tabakarbeiter noch mehr zu verschlechtern, indem sie wieder 400 Millionen Mark neue Steuern fordert, wozu der Tabak am schwersten herangezogen werden soll. Zum Schluß wurde Kollege Kuhlisch in die Kommission zur Bekämpfung der Tabaksteuern gewählt.

Hamburg. Kombinierte Mitgliederversammlung am 4. Juli im Gewerkschaftshaus. Nach einer längeren Geschäftsordnungsdebatte wurde der dritte Punkt der Tagesordnung, Innere Verbandsangelegenheiten, als erster Punkt behandelt, und damit der ganze Abend ausgefüllt, so daß der Bericht vom Gewerkschaftskongreß und der Gaubericht nicht mehr gegeben werden konnten. Zunächst berichtet Sander, daß der Gauleiter anfangs Oktober vorigen Jahres an die Verwaltungen herangetreten sei, mit dem Ersuchen, ihm eine Mietsentschädigung zu gewähren, da die Arbeiten und das Material sich so gehäuft hätten, daß er einen Teil seiner Wohnung zu Verbandszwecken hergeben müsse. Die Verwaltungen hätten dieses eingesehen und zu dem Zwecke 200 Mark Mietsentschädigung als Bureauunkosten bewilligt. Der Kollege Ostertag habe im Drange der Geschäfte leider verabsäumt, dieses in der letzten kombinierten Mitgliederversammlung mitzuteilen. Die Verwaltungen hätten nicht gedacht, daß das so viel Staub aufwirbeln würde, da es doch wohl selbstverständlich sei, daß ein Verbandsbeamter ein Bureau haben müsse. Ostertag fügt den Ausführungen Sanders noch einiges hinzu und bedauert, daß er sich in der letzten Versammlung dieser Unterlassungssünde schuldig gemacht habe. Heidepriem betont, daß die Verwaltungen kein Recht hätten, Gelder zu bewilligen, ohne erst die Mitglieder zu befragen. Er hält es nicht für nötig, dem Gauleiter die 200 Mk. zu bewilligen. Derselbe erhalte jetzt 2000 Mark Gehalt. Als Zigarrenarbeiter könne derselbe höchstens 1000 Mk. verdienen. Rechne man dem noch 200 Mk. Mietsentschädigung hinzu, so würden noch immer 800 Mk. übrig bleiben, womit derselbe seine übrigen Unkosten, welche ihm durch sein Amt entstehen, decken könne. Wenn der Gauleiter es fertig bringe, daß die Kollegen 15 Prozent Lohnerhöhung erhielten, dann sei auch er dafür, daß demselben 10 Prozent Zulage bewilligt würden. Konrad meint, weil auf der Generalversammlung den übrigen besoldeten Gauleitern 200 Mk. bewilligt seien, solle nun der von uns besoldete Gauleiter auch 200 Mk. mehr haben. Die ganze Sache sei Schwindel und so verschleiert vorgebracht, daß es keinem aufgefallen sei. Redner bringt folgenden Antrag ein: „Die heute am 4. Juli im Saale des Gewerkschaftshauses tagende kombinierte Mitgliederversammlung der Tabakarbeiter erklärt den Beschluß der kombinierten Sitzung für nichtig in bezug der Mietszulagenbewilligung für den Gauleiter Hackelberg, und erblickt in solchem eigenmächtigen Vorgehen eine schwere Entrechtung der Mitglieder." Jepsen bemerkt, es passiere den Verwaltungen oft, daß sie das demokratische Prinzip verletzen, indem sie Beschlüsse fassen, ohne die Mitglieder zu fragen. Dieser Fall sei so drastisch, daß es ihn nicht wundere, daß eine so starke Opposition sich ergeben habe. Hörmann findet, daß die Mitglieder seit Jahren systematisch vergewaltigt werden; wenn das so weiter gehe, würden wir nur immer Radauversammlungen haben. Dem Gauleiter mißgönnt er sein Gehalt nicht. An die Verwaltungen richtet er die Mahnung, in Zukunft anders zu verfahren. Heerdje bekennt sich als ein großer Anhänger der Demokratie; wer dieselbe verletze, sei sein Feind. Jedoch wolle er nicht in denselben Ton verfallen, wie mehrere der Vorredner. Ihm scheine es, daß die Verwaltungen ihre Mitglieder nicht gekannt haben. Das Gehalt reiche aus, wenn der Gauleiter seine Wohnung für sich habe, sei dieses aber nicht der Fall, dann müsse er Wohnungsentschädigung haben. Wir müßten unsre Beamten anständig bezahlen, damit dieselben auch leistungsfähig für uns seien. Mit der Handlungsweise der Verwaltungen könne er sich nicht einverstanden erklären. Es würde vorteilhaft sein, wenn die Verwaltungen einen Etat über ihre jährlichen Ausgaben aufmachen würden, dann werde in Zukunft so etwas nicht mehr vorkommen. Sander bemerkt, das Gehalt des Gauleiters könne doch nicht an den Löhnen der Kollegen gemessen werden. Die übrigen Gauleiter würden zu ihrem Gehalt noch Tagegelder erhalten, wenn sie unterwegs sind, während dieses bei dem hiesigen Gauleiter, welcher fast nur hier am Orte zu arbeiten habe, nicht der Fall sei. Förster führt aus, die Verwaltungen geben zu, daß sich über die Form der Bewilligung streiten lasse. Nunmehr aber dieselben haftpflichtig zu machen, könne und dürfe nicht angehen. Kritisieren gehe immer besser wie Selbstmachen. Die Verwaltungen seien doch gewählt und hätten sich nicht selbst eingesetzt. Bis jetzt habe es noch keine Verwaltung gegeben, welche keine Fehler gemacht habe. Wir seien alle irrende Menschen. Das demokratische Prinzip habe den Vorteil, daß weitere Fehler vermieden werden könnten. Bei alledem komme man aber doch nicht darum herum, den Verwaltungen Vertrauen entgegenbringen zu müssen. Kein Verband bezahle seine Beamten so schlecht, wie der unsere. Was zu viel und zu wenig ist, seien sehr subjektive Begriffe. Jedenfalls müßten die Beamten ein auskömmliches Gehalt beziehen, dann würden wir auch die besten Leute bekommen. Tun wir das nicht, dann wird der Verband darunter leiden. Die Verwaltungen würden sich doch jedenfalls davon überzeugt haben, daß der Gauleiter seine Wohnung zu Verbandszwecken hergebe. Man solle nicht so kritisieren, daß es aussehe, als ob man auf den Beamten neidisch sei, und selber an dessen Stelle kommen wolle. Repp hält Kritik wohl für angebracht, aber wie sie heute abend zum Teil geübt werde, dadurch verleide man dem Gauleiter die Lust und Liebe zum Arbeiten. Er habe auf der Generalversammlung gegen die Gehaltserhöhung der Gauleiter gestimmt. Nachdem diese Erhöhung aber beschlossen sei, habe er sich gesagt, daß wir nunmehr auch unsern Gauleiter dementsprechend entschädigen müßten. Wie er nach seiner Wahl zum Bevollmächtigten an der ersten kombinierten Sitzung teilgenommen habe, sei vom Schriftführer verlesen worden, daß dem Gauleiter die 200 Mk. bewilligt worden seien unter der Bedingung, daß dieses der kombinierten Versammlung unterbreitet werden sollte. Daß dieses durch die Vergeßlichkeit des Vorsitzenden unterblieben sei, bedauere er. Im übrigen ersucht er, gerecht und ruhig zu kritisieren. Konrad kann nicht finden, daß der Gauleiter soviel zu tun hat, aber er sei nun einmal gewählt, und da müßten wir ihn wohl behalten. Wenn derselbe nicht solch große Familie habe und in der Partei tätig sei, würde er vor Langeweile sterben. Auch sei das Leben hier nicht teurer wie in andern Großstädten. Aus diesen Gründen halte er es nicht für notwendig, dem Gauleiter noch weitere Zulagen zu gewähren. Eilken meint, wenn die Kollegen wüßten, wie andre Verbände ihre Beamten bezahlen, dann würden sie sich wundern, wie groß der Unterschied sei. Er ist der Ansicht, daß die Verwaltungen richtig gehandelt haben, und ersucht, den Antrag Konrad abzulehnen. Ostertag bemerkt, der Beweis liege vor, daß der Gauleiter hier am Platze vollauf beschäftigt sei. Als Vorsitzender der Kontrollkommission könne er dieses bestätigen. Wenn wir eventuell einen ledigen Gauleiter hätten, dann müßten wir ihm doch ein Bureau stellen. Ein Kollege sei übrigens nicht danach zu beurteilen, was er in seinem Berufe verdiene, sondern was er auf seinem Posten leisten könne. Wenn die Verwaltungen einen Fehler gemacht hätten, könne dieses einer gerechten Kritik unterzogen werden. Die Verwaltungsbeamten seien unbesoldet und müßten sich tagsüber im Berufe ihr Brot verdienen. Wenn dieselben dann abends noch Sitzungen abhalten müßten, dann könne es wohl vorkommen, daß dieselben müde und abgespannt des Nachts um 1—2 Uhr zwischen Tür und Angel Beschlüsse fassen, welche Fehler in sich bergen. Aber verdient hätten die Kollegen es nicht, welche im Interesse der Organisation in dumpfen qualmigen Räumen beraten und ihre Gesundheit aufs Spiel setzen (während die andern spazieren gehen können), daß sie so mit Schmutz und Kot beworfen würden, wie das zum Teil heute abend geschehen sei. Hierauf wird ein Schlußantrag gegen wenige Stimmen angenommen. Sodann wird durch Hammelsprung abgestimmt und der Antrag Konrad mit 96 gegen 80 Stimmen abgelehnt. Es erfolgen dann noch persönliche Bemerkungen von Konrad, Hörmann und Eilken. Hierauf gibt Hackelberg einen kurzen Bericht über den Streik in Neumünster, etwa folgendes ausführend: Da in Neumünster der Lohn niedriger war wie in den andern Städten Schleswig-Holsteins und hier am Platze, stellten die dortigen Arbeiter Lohnforderungen. Die Unternehmer, alles nur kleine Fabrikanten, lehnten bis auf drei die Forderungen ab. Hierauf kam es zum Streik, und es wurde vom Gewerkschaftskartell in Neumünster der Boykott über diese Fabrikanten verhängt. Die dortigen Kollegen hatten eine kleine Summe in ihrer Lokalkasse, aus welcher sie einen Arbeitslosen unterstützten, welcher ausgesteuert war, sowie einen Streikzuschuß gewährten. Die Kasse ist nun erschöpft und versucht Redner, aus der hiesigen Lokalkasse den kämpfenden Kollegen etwas zu bewilligen. Diesem wird stattgegeben. Der Bericht vom Gewerkschaftskongreß wird bis zur nächsten Versammlung vertagt. Heidepriem wünscht, daß Hackelberg auf der nächstfolgenden Versammlung einen Vortrag über Sozialpolitische Gesetzgebung hält. Nachdem Hackelberg dieses zugesagt, erfolgt Schluß der Versammlung.

Herford. Wer ist der Aufschneider? lautete die Ueberschrift eines Artikels des Ravensbergers, in welchem der Gauleiter des Deutschen Tabakarbeiterverbandes, Wilhelm Schlüter, in Verfolg einer Polemik des christlichen Tabakarbeiterverbandes mit der Volkswacht des Aufschneidens und Schwindelns bezichtigt wird mit der Begründung, das sagten seine Genossen selbst von ihm. So habe in einer Versammlung in Hiddenhausen, zu der Schlüter habe kommen sollen, aber nicht erschienen war, ein Genosse geäußert, Schlüter sei überhaupt ein Aufschneider und Schwindler. Er, der Genosse, habe ihm einmal einen eingeschriebenen Brief geschickt, dessen Empfang habe Schlüter einfach abgeleugnet. Schlüter erhob wegen dieses Artikels Klage gegen den Ravensberger, und Redakteur Behle hatte, um den Beweis der Wahrheit zu führen, als Zeugen unsern Genossen Schmidtfranz in Hidenhausen laden lassen, der sich in dieser Weise über Schlüter in jener Versammlung geäußert haben sollte. Schmidtfranz sagte aus, daß er niemals etwas derartiges über Schlüter geäußert habe, es fehle dazu auch jede Veranlassung, da er niemals Differenzen mit Schlüter gehabt habe. Ferner sei Schlüter in jener Versammlung bei Wirt Ehlers am 28. April 1905 anwesend gewesen, und endlich habe er auch niemals einen eingeschriebenen Brief an Schlüter geschickt. Ueber diese Aussage unsres Genossen Schmidtfranz kam etwas wie Fassungslosigkeit über Herrn Behle. Er berief sich auf seinen Gewährsmann Ganz, der diese Sache Herrn Wilhelm De Arragon als ganz bestimmt vorgefallen mitgeteilt habe. Auch wollte Justizrat Brand, der Behle vertrat, den Ganz, der jetzt in Osnabrück arbeitet, vorladen lassen, um wenigstens den guten Glauben nachzuweisen. Es kam aber ein Vergleich zustande, in welchem Redakteur Behle anerkennt, daß die Sache mit dem eingeschriebenen Brief als unwahr nachgewiesen ist, und bedauert, den betreffenden Artikel gebracht zu haben, ferner Uebernahme sämtlicher Kosten und Veröffentlichung des Bedauerns in der Volkswacht und im Ravensberger. In der Verhandlung erklärte der Richter dem Redakteur des christlichen Blattes, der Artikel zeuge von wenig Geist und Bildung. Recht unfein seien verschiedene Ausdrücke. Der Prozeß bewies, daß an dem ganzen Artikel, der den Beweis für die im Christlichen Tabakarbeiter in bezug auf den Gauleiter Schlüter gebrachten Verleumdungen erbringen sollte, kein wahres Wort gewesen ist.

Ratibor. Seitdem die freien Gewerkschaften im Besitze eines Versammlungslokals sind, ist es mit der Ruhe im gegnerischen Lager endgültig vorbei, und die Worte des Pfarrers Drießen: „Zu was braucht Ihr Gewerkschaften, Ihr seid schon katholisch", scheinen der Hochburg der katholischen Arbeitervereine nicht mehr zu genügen. Ab und zu geht man in den katholischen Arbeitervereinen schon dazu über, die schlechte Entlohnung der Arbeiter in die Debatte zu ziehen. Aus diesem Grunde wurden in letzter Zeit katholische Fachabteilungen gegründet, deren Hauptaufgabe es ist, die Mitglieder der freien Gewerkschaften bei ihren Arbeitgebern anzuschwärzen. Die in der Regel folgende Maßregelung der freien Gewerkschaftler erbringt den Beweis von dem Bestehen der Fachabteilungen. Das katholische Arbeiter-Sekretariat ist jederzeit bereit, die Arbeitgeber durch Vermittelung von Arbeitskräften zu unterstützen. Kanzel und Beichtstuhl tun das übrige, um die Unternehmer auf die freien Gewerkschaften aufmerksam zu machen. Den Kirchgängern wird bekannt gemacht, daß von nun ab auch vom Arbeiterverein dieselben Unterstützungen gezahlt werden, wie bei den freien Gewerkschaften. Niemand sei gezwungen, den „demokratischen" Verbänden beizutreten.

Wir haben ja gegen die Agitation der Geistlichen nichts, freuen uns vielmehr, daß man bestrebt ist, außer dem Rosenkranz den Gläubigen auch noch andre Dinge, den Organisationsgedanken, beizubringen. Es ist also auch hier wieder uns der Erfolg zuzuschreiben, daß man den Gläubigen lehrt, daß es außer den Geistlichen und Kapitalisten auch noch Arbeiter gibt. Wie das geschieht, ist uns gleichgültig, **nur soll man bei der Wahrheit bleiben.** Die Kanzel-Agitation wird unsre Erfolge nur erhöhen.

Wie erbärmlich aber die Lage der Arbeiter von hier und Umgegend ist, und wie sehr diese einer Aufbesserung bedarf, davon gibt der sogenannte Preistarif der Zigarrenfabrik von Fröhlich in Pawlau Zeugnis. Dort zahlt man für Wickelmachen pro Mille 1—1.20 Mk., für Rollen 2—2.40 Mk. Der Fabrikant bekommt also das Mille Zigarren für 3—3.60 Mk. geliefert. Dagegen vergleiche man die Preise andrer Städte.

Als Gauleiter Genosse Clement-Breslau in einer Versammlung der Arbeiterinnen der Firma Fröhlich diesen ihre erbärmliche Lage vor Augen führte, schlossen sich viele dem Verbande an. Der Unternehmer aber hatte kein Erbarmen und dekretierte den gläubigen Arbeitern und Arbeiterinnen: „Wer dem Verbande beitritt, erhält in der Beichte keinen Ablaß seiner Sünden, dafür wird gesorgt werden." Und im Beichtstuhl wurde ein übriges tatsächlich getan. Der Arbeiterverein half wacker mit. Es entstand eine Fachabteilung der Tabakarbeiter und -Arbeiterinnen. Diese wurde aber nicht etwa gegründet zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Arbeiter und Arbeiterinnen, sondern, wie der Arbeitersekretär Lette ausführte, damit den freien Gewerkschaften der Boden streitig gemacht werden soll. Natürlich müssen für die Fachabteilung Beiträge gezahlt werden. Diese sollen dadurch aufgebracht werden, daß in der kommenden Zeit weniger „genascht" wird. Zum Elend erhalten die Arbeiter und Arbeiterinnen noch den Hohn.

Die freien Gewerkschaften werden durch eifrige Aufklärungsarbeit dafür sorgen, daß mit der Zeit auch der jetzt noch fromme Arbeiter lernt, über seine schlechte Lage nachzudenken, und wenn er zu begreifen beginnt, dann ist es mit der Herrlichkeit und dem Einfluß der Geistlichkeit und der Fachabteilungen zu Ende.

Würzburg. Hier tagte am 8. Juli eine Quartalsversammlung mit folgender Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 2. Quartal 1908; 2. Abrechnung der Lokalkasse; 3. Verschiedenes. Kollege Schmitt verlas die Abrechnungen, die geprüft und von den Revisoren für richtig befunden wurden. Zu bedauern war wieder der schwache Besuch. Es wäre sehr wünschenswert, wenn sich in Zukunft die Mitglieder, männliche wie weibliche, besser in ihrer Organisation betätigten und ihre Mitgliederversammlungen zahlreicher besuchten.

Zellerfeld i. Harz. Der ungeheuerliche Volks- und Arbeiterverrat christlicher Führer im verflossenen Landtagswahlkampf hat der christlichen Gewerkschaftsbewegung im Oberharz den Hals gebrochen, und allmählich dämmert diese späte Erkenntnis auch im christlichen Lager. Aus allerchristlichstem Rachedurst möchte man sich nun an den freien Gewerkschaften schadlos halten, und zuerst gedenkt man die blühende Zellerfelder Zahlstelle des Tabakarbeiterverbandes niederzuterrorisieren. Da der christliche Generalstab im Oberharz sich diesem frommen Werke aber nicht gewachsen fühlt, zog er Bielefelder Hilfe zu. Nach einer voraufgegangenen Hausagitation — alles äfft man uns nach! — fand also am 6. d. M. im Bürgergarten eine angeblich „stark besuchte" „christlich-nationale" Tabakarbeiterversammlung statt, wozu tatsächlich außer den bekannten christlichen Versammlungsschreiern nur sieben Tabakarbeiterinnen erschienen waren! Die Herren Christlichen redeten abwechselnd bis nachts 12 Uhr, um die freigewerkschaftlich organisierten Arbeiterinnen zum Gewerkschaftschristentum Köllescher Konfession zu bekehren. Kollege Schropp wurde der — — „Leisetreterei" (!) bezichtigt, weil er nämlich, um Vorteile für die Tabakarbeiterschaft zu erzielen, die erfolgreiche Vermittlung des Herrn Landrats nicht gescheut hatte!

Ist eine widerwärtigere Hetzerei denkbar? Ein Redner rief mit der Geste des Heldentums aus: Wir christlichen Arbeiter treten doch ganz anders auf, wir üben einen ganz andern Druck auf die Arbeitgeber aus, um Arbeiterforderungen durchzusetzen, als der rote Schropp! Die freien Gewerkschaften haben in den vierzig Jahren ihres Bestehens nichts erreicht. (!) Dagegen haben die christlichen Organisationen sich in den zehn Jahren ihres Bestehens soviel Einfluß verschafft, daß auf ihrem letzten Kongresse sogar die Herren Minister vertreten waren . . . (!)

Das genügt. Viele hunderttausend Stunden Arbeitszeitverkürzung, viele Millionen Mark Lohnerhöhung ringen Deutschlands freie Gewerkschaften nach ihren regelmäßigen, der öffentlichen Kritik unterliegenden Jahresberichten dem Kapital ab. Dieser gewaltigen Arbeit unsrer Gewerkschaften ist es selbst nach dem Urteil aller ehrlichen bürgerlichen Sozialpolitiker zu danken, daß die organisierte Arbeiterschaft trotz aller verelendenden Wirkungen der christlich-nationalen Hungerzöllnerei und Volksauspowerung ihre Lebenshaltung behauptet und ihre Lage noch verbessert — aber trotzdem ist alles das im Nu weggeblasen, wenn einmal ein christlicher Mann die allerchristlichsten Backen ordentlich vollgenommen hat. Was wollen auch solche Kleinigkeiten besagen gegen den stelzen „Erfolg" leibhaftiger Ministervisiten auf „christlich-nationalen" „Arbeiter"kongressen! Daß zwar die Exzellenzen auf die „christlichen" so gut wie auf alle andern Arbeiterforderungen pfeifen und nur deshalb solche Kongresse besuchen, weil sie die christlich Organisierten noch für dumm genug halten, sich mit huldvollen Versprechungen ködern und gegen ihre anders organisierten Brüder verhetzen zu lassen, das brauchen ja die „Kumpels" im Oberharz nicht zu wissen!

Obgleich sechs Mann unter Führung christlicher Arbeitersekretäre Hausagitation betrieben und einen großen Teil unsrer Mitglieder bearbeiteten, so haben sie doch keine Bresche legen können. Wir werden unsre Position verteidigen, wenn wir auch kein Versammlungslokal zur Verfügung haben. Ruhe und zielbewußtes Vorgehen wird allen Verleumdungen trotzen.